

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 23. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 17. September 2014
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Franz Vogt
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Andreas Bammatter, Armin Bieri, Peter Brack, Jean-Claude Bourgnon,
 Claude Duperrex, Matthias Häuptli

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 31 Anwesende = 21
 18.10 Uhr, 33 Anwesende = 22
 18.20 Uhr, 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**,
 anstelle des zurückgetretenen Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4193
 2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Umweltkommission**, anstelle
 des zurückgetretenen Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4194
 3. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**,
 anstelle des zurückgetretenen Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
 Wahlvorschlag: Mario Elser Geschäft 4198
-

4. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen Stefan Tomek, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4200
5. Wahl eines Mitgliedes in die **Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“** anstelle des zurückgetretenen Stefan Tomek, SVP-Fraktion Geschäft 4203
6. Bericht des Gemeinderates vom 18.06.2014, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend **Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4095 / A
7. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend **günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4189

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 23 vom 17. September 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Jürg Vogt, Präsident: Ich begrüsse Sie alle herzlich zur ersten Sitzung in diesem Legislaturjahr. Ich verzichte auf eine lange Antrittsrede. Ich möchte feststellen, dass der Einwohnerrat auf einem guten Weg ist. Man geht respektvoll miteinander um und wir können gut miteinander diskutieren. Ich betone, dass ich dies als einen Dauerauftrag sehe, dass wir eine gute Kultur behalten im Einwohnerrat und einander akzeptieren. Ich bitte darum, dass auch so weitergemacht wird.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe zwei Mitteilungen. Sie haben gesehen, dass die Beantwortung der kleinen Anfrage betreffend Freizeit- und Begegnungszone für die Jahrgangsguppen der ersten Generation auf Ihren Plätzen liegt. Ich muss Ihnen mitteilen, dass Stefan Tomek den Rücktritt erklärt hat. Anstelle von Stefan Tomek dürfen wir heute Willi Rütli begrüssen. Ich wünsche Herrn Rütli viel Genugtuung und Erfolg und danke ihm, dass er sich für die Arbeit im Einwohnerrat zur Verfügung stellt. Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde Ihnen rechtzeitig zugestellt. Gibt es Anträge auf Änderung der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass die Traktandenliste so genehmigt ist. Wir haben heute verschiedene Wahlgeschäfte, die möchten wir jetzt erledigen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle des zurückgetretenen Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4193

Jürg Vogt, Präsident: Ich frage die Fraktion, wen sie nominieren möchte.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Für die Verkehrs- und Planungskommission ist Jacqueline Misslin vorgesehen.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Jacqueline Misslin ist in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Umweltkommission, anstelle des zurückgetretenen Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4194

Jürg Vogt, Präsident: Ich frage die Fraktion, wen sie nominieren möchte.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Wir schlagen Matthias Häuptli vor für die Umweltkommission.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen und ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Matthias Häuptli ist somit gewählt als Ersatz-Mitglied in der Umweltkommission.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle des zurückgetretenen Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Mario Elser, Geschäft 4198

Jürg Vogt, Präsident: Ich frage die Fraktion, wen sie nominieren möchte.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion schlägt Ihnen Mario Elser vor.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen und ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Mario Elser als Mitglied in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen Stefan Tomek, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4200

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir schlagen Ihnen Pascale Uccella-Klauser vor als Ersatz-Mitglied für die Fireko.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen und ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Pascale Uccella-Klauser als Ersatz-Mitglied in die Fireko gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission „**Generelle Leistungsüberprüfung**“ anstelle des zurückgetretenen Stefan Tomek, SVP-Fraktion, Geschäft 4203

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nominiert Patrick Kneubühler.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit ist Herr Kneubühler gewählt.

Noch ein Wort aus dem Büro des Einwohnerrates. Wie Sie alle wissen, hatte Herr Tomek das Präsidium der Spezialkommission. Wir haben keinen Vize-Präsidenten, das war nicht vorgesehen. Das Büro bittet die Mitglieder der Spezialkommission, dass sie sich möglichst bald treffen und einen Präsident wählen, und dies möglichst bald dem Sekretariat mitzuteilen, damit wir wissen, wer Ansprechpartner für die Verwaltung ist.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 18.06.2014, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4095 / A

Jürg Vogt, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Am 10. September 2012 hat Bruno Gadola seitens der SP-Fraktion ein Postulat für Frühförderung von benachteiligten Kindern im Vorschulalter eingereicht. Das wurde am 14. November 2012 vom Einwohnerrat überwiesen. Das Postulat umfasst folgenden Wortlaut: „Ich bitte den Gemeinderat zu prüfen, inwieweit Kinder fremdsprachiger und/oder bildungsferner Familien durch Sprachförderangebote im Vorschulalter gezielt unterstützt werden können, um ihnen den Eintritt in den Kindergarten zu erleichtern. Dabei ist zu prüfen, inwieweit bestehende Angebote unterschiedlicher Träger, Mütter- und Väterberatung, Krippen und Spielgruppen, diesbezüglich koordiniert und weiterentwickelt werden können. Dem Einwohnerrat wird ein Konzept mit entsprechender Kostenfolge für die Realisierung unterbreitet.“

Wir haben das in unserer Hauptabteilung sehr ernst genommen. In den ersten Lebensjahren von Kindern werden viele Grundlagen gelegt, welche ihre Entwicklung und Biographie entscheidend prägen. Sie lernen Beziehungen und soziale Kontakte aufzubauen, bauen motorische Fähigkeiten auf, entwickeln Problemlösungsfähigkeiten und sie lernen ihre Sprache. Sprachliche Fähigkeiten wirken sich auf viele Lebensbereiche aus. Sie sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in Gesellschafts- und Arbeitswelt. Das Erlernen der Sprache dauert mehrere Jahre. Je jünger Kinder sind, desto schneller lernen sie die Sprache und haben darum die Chance möglichst früh Kontakte zu pflegen und integriert zu sein, indem sie Deutsch sprechen können. Durch die frühe Sprachförderung könnten umfangreiche Zusatzkosten in den späteren Lebensjahren gesenkt werden. Leider ist es bei uns so, dass es im Frühbereich keine kantonale Zuständigkeit gibt. Es liegt im Ermessen der einzelnen Gemeinden das Angebot zu stärken und zu koordinieren oder weiterzuentwickeln. Bei uns haben wir eine Erhebung gemacht im Schuljahr 2013/2014. Es besuchen insgesamt 321 Schülerinnen und Schüler den Kindergarten, davon erhalten 121 Kinder sprachliche Förderung in Form von Deutsch als Zweitsprache. Dies entspricht einem Anteil von 37,7%. Diese Zahlen belegen auf eindrückliche Weise, dass der Bedarf an Sprachförderung von Kindern im Vorschulalter deutlich gegeben ist. Ungenügende Deutschkenntnisse im Kindergarten sind nicht nur mit zusätzlichen Kursen und Kosten mit Deutsch als Zweitsprache verbunden, sondern können auch die Klassengrößen wesentlich beeinflussen, was sich wiederum indirekt auf die Gesamtkosten auswirkt. Wie vom Postulant gefordert, haben wir die gemeindeeigenen Angebote überprüft. Sie können das auf den folgenden Seiten lesen, zum Beispiel auf Seite 8. Da ist eine kleine Grafik, wo wir die verschiedenen Einrichtungen angefragt haben, wie es bei der spezifischen Förderung steht. Parallel dazu haben wir verschiedene Angebote im Kanton Basel-Landschaft und in Basel-Stadt angeschaut. Sie können das auch alles auf den folgenden Seiten nachlesen, was da alles gemacht wird.

Zur Überprüfung des gemeindeeigenen Angebots. Die hohen DaZ-Zahlen der Kindergartenkinder in Allschwil haben gezeigt, dass es einen hohen Bedarf an spezifischen Sprachförderangeboten im

Vorschulalter gibt. Es gibt ein paar Angebote, aber dies erreicht insgesamt viel zu wenig Kinder. Darum sind wir zum Schluss gekommen, ein eigenes Projekt auszuarbeiten. Das Projekt ist ein Pilot-Projekt und ist auf fünf Jahre zu lancieren. Nach vier Jahren Betrieb würde man eine Evaluation machen, dem Einwohnerrat die Ergebnisse vorlegen, und aufgrund der Ergebnisse entscheiden, ob man dieses Angebot in der Gemeinde fest einbauen soll oder nicht.

Ich stelle Ihnen noch kurz das Konzept vor. Der Anbieter wäre die Gemeinde. Die Dauer ist zwei mal zwei Lektionen pro Woche bis zum Kindergarten-Eintritt. Die Finanzierung ist bei der Gemeinde, die Kosten pro Kind liegen ungefähr bei CHF 3000 pro Jahr. Die Zielgruppe ist klar, fremdsprachige und deutschsprachige Kinder ab 3 Jahren mit ungenügenden Deutschkenntnissen. Die Zielgruppe würden wir erreichen, indem sämtliche Eltern von Kindern, welche 18 Monaten vor dem Kindergarteneintritt stehen, angeschrieben werden. Man würde sie mit der Einwohnerkontrolle erfassen und ihnen Informationen zustellen in der jeweiligen Sprache. Die Rahmenbedingungen sind wichtig, das Angebot soll freiwillig sein und kostenlos, damit es einen niederschweligen Zugang für die Eltern gibt. Für die Sprachförderpersonen haben wir überlegt, dass mit dem Einsatz von ausgewiesenen Sprachförderpersonen auf ein fachliches bestehendes Know-how zurückgegriffen werden kann. Dadurch würden für die Sprachförderung die gleichen Standards gelten wie auf der Primarstufe. Da wären die Evaluationsergebnisse viel aussagekräftiger, weil sie mit verschiedenen Methoden verglichen werden müssen.

Sie sehen bei Punkt 7 den Nachtrag des Gemeinderates. Der Gemeinderat erkennt den Bedarf und den Nutzen der frühen Förderung. Er heisst das von der Abteilung Bildung Erziehung und Kultur ausgearbeitete Grobkonzept Sprachlerngruppen grundsätzlich gut. Allerdings, vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage, findet den Gemeinderat den Aufbau von Sprachlerngruppen zugunsten von fremdsprachiger oder sozial benachteiligter Kindern im Vorschulalter nicht für leistbar. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Gemeinderat auf den Aufbau eines entsprechenden Angebots zu verzichten.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Herzlichen Dank für die Dokumentation, welche sehr eindrücklich ist. Sie beeindruckt durch Fachkenntnis und Seriosität. Umso unverständlicher ist es, dass der Gemeinderat dies ablehnt, das kann ich nicht verstehen. Aufgrund dieser Analyse ist das völlig unverständlich. Zumindest drei Gemeinderäte müssten jubeln über dieses Postulat. Die Bildungsministerin müsste jubeln über den Bildungszuwachs. Der Sozialminister müsste jubeln, weil die Armut gemindert wird. Der Finanzminister müsste jubeln, weil eine Rendite aus diesem Projekt entsteht. Es ist unverständlich, dass es beim Gemeinderat nicht durchkam. Es gibt pädagogische und finanzielle Aspekte, die die Realisierung des Projekts begründen. Es gibt keine Zeit, die sich besser eignet, als die Vorschuljahre, um die Bildungschancen der benachteiligten Kinder zu erhöhen. Grosse Unterschiede können später nicht mehr aufgeholt werden, das belegen eindrücklich Studien. Wartet man bis zum Kindergartenalter, dann ist es meistens zu spät, weil die Unterschiede bereits zu gross sind. Frühförderung zahlt sich also aus, das ist die wirtschaftliche Komponente, für die Kinder und für die Gesellschaft. Für Ökonomen ist die frühkindliche Erziehung der benachteiligten Kinder ein Muss. Das belegen Studien und der Wirtschaftsnobelpreisträger James Heckmann sagt dies auch. Er hat sich damit befasst und er sagt, dass es nur rentiert, wenn man dies auf den Gemeinden einführt. Gerade jetzt, wo wir reduzierte Mittel zur Verfügung haben, müssen wir dort investieren, wo der grösste Gewinn erzielt werden kann. Je länger die Gesellschaft wartet, um in das Lernen der benachteiligten Kinder einzugreifen, desto teurer wird es. Die Rendite ist sogar bei kostenintensiven Förderprogrammen hoch. Nach den Kalkulationen von deutschen und amerikanischen Studien liegt sie bei 7% bis 10%. Das ist mehr als Sparbücher und Investitionen an der Börse bringen. Gemäss anderen deutschen Studien kann frühe Sprachförderung mittels zusätzlichen Steuereinnahmen und Wegfall von Sozialhilfe sechsfach rentieren. Frühe Sprachförderung ist eine der wichtigsten integrationspolitischen Aufgaben, das ist unbestritten. Was wir heute in der Frühförderung verpassen, müssen wir morgen mit höheren Kosten und mit verschärften sozialen Problemen ausbaden. Auch das Hilfswerk Caritas fordert die Förderung im Vorschulalter. Damit liesse sich die Armut wirksam bekämpfen. In der Konsequenz geht es darum, was einer Gesellschaft die Zukunft der eigenen Kinder wert ist. Es kann nicht sein, dass den Benachteiligten erst dann geholfen wird, wenn es teurer wird. Sie sehen hier die Kosten, welche bis jetzt für Förderangebote in der Primarschule Allschwil ausgegeben werden. Das ist eine beträchtliche Summe. Da tut sich die Summe, die nötig ist für die Förderprojekte im Vorschulalter relativieren. Es werden über CHF 2'000'000, sogar fast CHF 3'000'000 ausgegeben. Es lohnt sich wirklich, dass wir das Vorschulalter-Programm einführt. Dann können wir Einsparungen machen im Bereich DaZ, bei den Kleinklassen und bei den Einführungsklassen. Ich habe hier noch einen Zeitungsartikel, welchen ich zitieren möchte: „Wer glaubt, das (die Vorschulprojekte) sei ein Gerede, dem sei eine Studie der Boston Consulting Group wärmstens empfohlen“. Diese schlägt dringend der Bundesregierung vor, kostenlose Vorschule zu finanzieren und die frühe Sprachförderung in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu stellen. Sie sagt, dass daraus ein sechsfacher Gewinn resultiert. Ich bitte Sie, sich dies nochmals zu überlegen. Es gibt einen hohen bildungspolitischen Gewinn und einen

hohen wirtschaftlichen Gewinn. Gerade wenn es ums Sparen geht, sehe ich nicht ein, weshalb dieser Spareffekt nicht genutzt wird.

Mario Elser, EVP/Grüne-Fraktion: Ich spreche als Redner der Fraktion EVP/Grüne. Wir haben gehört, dass der Gemeinderat erkennt, dass es sowohl einen Nutzen und einen Bedarf gibt an früher Förderung. Er sagt auch, dass das aktuelle Angebot, das wir haben, nicht ausreichend ist. Er zeigt auf, dass das Pilotprojekt, welches toll aufgegleist ist – Kompliment an den Gemeinderat, er hat die Sache ernst genommen - freiwillig und ein niederschwelliges Angebot sein soll. Zurzeit sind 121 Kinder in diesem Frühförderungsprogramm drin. Die Kinder, welche noch nicht erreicht werden, sollen auch integriert werden, damit sie möglichst gute Konditionen haben, damit sie ihren Schulweg gut angehen können. Wichtig ist, dass sie die Sprache bereits können, wenn die Schule beginnen. Das Ganze hat einen präventiven Charakter. Wir glauben, dass die Kosten nicht so gross sind. Es wäre eine grosse Schande für die grösste Gemeinde des Kantons Baselland, wenn wir uns die CHF 180'000 pro Jahr nicht leisten können, weil wir pleite sind. Ich würde mich als Allschwiler dafür schämen. Ich möchte an die Vernunft der Anwesenden appellieren, sich dies gut zu überlegen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Wahrscheinlich sind wir wirklich so weit, dass wir langsam pleite sind, und ironischerweise, weil wir ein Schulhaus bauen. Ich habe noch eine Frage an Herrn Gadola. Ich möchte mehr wissen von der Kostenrelation. Kann ich die Zahlen nochmals sehen mit den knapp drei Kisten? Danke. Ich möchte gezielt wissen, wenn ich die CHF 180'000 pro Jahr investiere, wie viel Franken werden da gespart? Vorhin wurde mit ökonomischen Grundsätzen argumentiert. Ich möchte gerne eine tausend Franken genaue Analyse. Ich investiere den vorgeschlagenen Betrag und spare dadurch xy Franken gemäss dieser Auflistung. Ich bitte um eine Antwort von Herrn Gadola.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es gibt verschiedene Studien dazu, deutsche Studien und amerikanische Studien. Es ist ganz klar, dass eine sechsfache Rendite daraus resultiert. Es gibt Untersuchungen, welche ich bereits erwähnt habe, diese führe ich nochmals in Zahlen aus. CHF 5'000'000'000 würde die Förderung kosten. Entsprechend haben wir eine CHF 30'000'000'000 Rendite, also das Sechsfache. In der Schweiz hat Frau Stamm solche Untersuchungen gemacht.

Susan Vogt, FDP-Fraktion: Ich habe nur eine kleine Korrektur auf Seite 8. Die Trägerschaft der Spielgruppe Käferli ist nicht die römisch-katholische Kirchgemeinde, sondern der Frauenverein St. Peter und Paul. Sie machen spezifische Sprachförderung. Für mich ist es auch wichtig, dass die Eltern Verantwortung tragen. Auch sie müssen versuchen, Deutsch zu sprechen, und zwar konsequent auch zuhause. Sie müssen vielleicht auch selber Deutsch lernen. Ich habe in der Spielgruppe Käferli hereingeschaut. Die Eltern sind sehr zurückhaltend mit Deutsch, sie wollen nicht, sie können nicht und sie tun es leider nicht.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat. Hat er Kenntnis von einer Anschubfinanzierung, welche der Kanton oder allenfalls der Bund macht für Förderprojekte im Vorschulbereich.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wenn das Projekt vom Gemeinderat und vom Einwohnerrat gutgeheissen würde, dann könnten wir für das Projekt eine Anschubfinanzierung beim Kanton beantragen, und auch bei zwei verschiedenen Stiftungen, wo wir vorausgehend geschaut haben, und sehr hohe Chancen hätten eine Anschubfinanzierung zu erhalten. Diese verfallen allerdings bis im Jahr 2017.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Eine Antwort zu den Finanzen. Ich habe das gelesen und auf Seite 15 steht, dass man mittelfristig mindestens 150% vom DaZ einsparen kann. Das ist eine Fachlehrkraft, welche in Kleinstgruppen den Kindern Deutsch beibringt, damit sie im Unterricht folgen können. Man spart also zum Beispiel die Fremdsprachenklasse ein. Auf Seite 19 steht, dass es CHF 181'000 kostet. Sparen wir ein oder verlagern wir es? Finanziell geht es auf. 150% hier weniger, und CHF 180'000 dafür. Ich hoffe, dass die Antwort reicht, damit du die beiden Sachen kombinieren kannst. Unter dem Strich wird es keine Mehrausgabe sein, sondern eine Verschiebung und ein sicherer Mehrgewinn.

Ich habe noch ein paar andere Sachen zu sagen. Zuhause konsequent Deutsch sprechen, das ist ja toll. Jeder Pädagoge und jede Pädagogin ist sehr froh, wenn zuhause eine andere Sprache gesprochen wird als in der Schule. Wenn beides konsequent gefördert wird, dann ist das eine grosse Chance. Alle, welche bilingue sind, haben es mit der dritten und vierten Sprache viel einfacher. Wir sagen allen Eltern, dass sie zuhause ihre Sprache und ihre Kultur pflegen sollen, aber sie sollen bei uns teilnehmen und mitmachen. Die Kinder brauchen die Chance, auch in unseren Vereinen, von Pfadi bis Musikschule, mit Leuten, die Deutsch sprechen, zusammenzusein.

Viele von uns kennen Lehrpersonen im Kindergarten und in der Unterstufe. Wer die Personen kennt und selber Kinder in dem Alter hat, der weiss, wie das ist mit der Vielsprachigkeit. Es hemmt den Unterricht, wenn man keine Unterstützung hat. Das ist eine grosse Chance, um alle, auch unsere Kinder von Allschwil, zu fördern. Man liest immer wieder in der Zeitung, dass Fächer wie Mathe, Bio und Chemie zu kurz kommen, also die naturwissenschaftlichen Fächer. Warum kommen diese zu kurz in der Schule? Bereits ab der dritten oder zweiten Klasse können die Leute nicht mehr dem Unterricht folgen, oder wir müssten das Niveau senken. Geben wir doch den Kindern die Chance, dies zu lernen. 46 Jahre Bettenacker reichen, um in der Praxis mitzureden. Ich hatte Leute aus dem Ticino und aus der Romandie. Dr. Francesco Malani arbeitet bei Actelion. Ein Kind ist bei mir und ist bewusst in keine andere Schule gegangen, sondern in unsere Allschwiler Schule. Wir waren froh um jede Unterstützung, welche die Kinder erhalten haben. Drei Jahre hier heisst auch, drei Jahre hier leben. Wir möchten, dass die Leute bei uns mitmachen in den Vereinen, an unserer Kultur, an unserem Wissen und an unserer Gestaltung. Und wir möchten uns auch mit ihrer Welt befruchten und weiterbringen und an der Fasnacht auch mal einen Vers machen, der lustig ist. Wenn wir möchten, dass die Leute integriert sind und teilnehmen, dann sind mir die CHF 180'000, welche wir unter dem Strich verlagern, nicht zu viel. Gebt den Kindern und Familien eine Chance. Und Susan, wenn die Kinder Deutsch lernen, dann ist es egal, wo die Frau oder der Herr her kommt, ich rede von der Romandie oder vom Ticino, auch die sind bei uns. Geben wir ihnen die Chance, das zu machen. Die Alternative wäre die International School, und das möchten wir auch nicht. Wenn ich durch Hoch-Allschwil laufe, wo man nur Englisch spricht, von denen Leuten haben wir nichts. Kein Verein und keine Gesellschaft hat von ihnen etwas. Wir müssen sie herunterholen und einbeziehen. Geben wir diesen Frauen und Männern eine Chance.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion unterstützt die Frühförderung für Kleinkinder. Es ist tatsächlich so, wie das Bruno Gadola sagt. Es ist erwiesen, dass Frühförderung gerade bei sozial Schwachen und bei Fremdsprachigen einen grossen Nutzen hat, weil man sie früh abholt. Basel-Stadt macht dies jetzt auch mit einem ähnlichen Programm. Der Nutzen ergibt sich, indem die Kinder später weniger Förderung brauchen im Schulalter, indem sie besser integriert sind und bessere Berufschancen haben. Es ist klar, dass es etwas kosten wird für Allschwil. Es ist auch klar, dass nicht der ganze Nutzen in Allschwil anfällt, das klafft dann halt auseinander. Es wäre uns lieber, wenn das Programm auf Kantonsebene wäre. Es wäre wahrscheinlich sachgerechter. Wir haben auch ein Fragezeichen bei der Freiwilligkeit. Es wäre zumindest zu überprüfen, ob ein gewisser Zwang nicht prüfenswert wäre. Wir wissen, dass die gesetzlichen Grundlagen dazu wahrscheinlich fehlen. Gerade die sozial Schwachen fallen je nach dem aus dem Rechen. Mit einem gewissen Zwang könnte man da wahrscheinlich mehr erreichen. Wir unterstützen das und sprechen ein gewisses Bedauern aus wegen der finanziellen Lage. Es ist sehr bedauerlich, dass wir CHF 70'000'000 in Beton giessen und kein Geld mehr da ist für Bildungsinhalte.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Man kann das Problem unter rein ökonomischen Gesichtspunkten anschauen, weil dies unsere Entscheidungsgrundlage ist. Der Gemeinderat lehnt es ab, weil es zu viel kosten würde in unserer jetzigen Budgetsituation. Der Nutzen ergibt sich später schon in der Primarschule. Bei der Frühförderung geht es darum, dass ein Kind die Begeisterung für eine Sprache entwickelt, damit es begreift, dass es die Sprache lernen kann und mit den Kameraden spielen kann. Dies wiederum überträgt sich auf die Eltern. Diese Eltern sind frustriert, weil sie die Sprache nicht können. Sie kommen irgendwie durch mit der eigenen Sprache oder mit einer anderen Fremdsprache. Wenn die Kinder nicht frühgefördert werden, dann gibt es diesen Rückkoppelungseffekt nicht. Diese Effekte, das höre ich auch von meiner Frau, welche Deutsch als Zweitsprache unterrichtet und in Basel-Stadt Deutsch für Mutter und Kind unterrichtete, sind spürbar und werden sich finanziell positiv in der Primarschule auswirken. Der Nutzen von dieser Investition wird grösser sein als der Nutzen, wenn wir dies jetzt einsparen. Wenn die Kinder nach fünf Jahren in der Primarschule sind, dann gehen die Kosten zurück. Man gibt einen An Schub und in fünf Jahren holt man das wieder zurück.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass wir zum momentanen Zeitpunkt leider kein Geld für die Frühförderung haben. Die FDP-Fraktion ist eher skeptisch gegenüber den

Einsparungen. Im heutigen Trend zur Sonderförderung erscheint es uns eher unwahrscheinlich, dass die angestrebten Reduktionen realisiert werden können. Wenn überhaupt, dann ist dies erst in späterer Zukunft so. Mit der heutigen Mobilität werden sicher viele der Kinder, welche die Frühförderung in Allschwil beanspruchen, nicht ihr ganzes Schulleben in Allschwil verbringen. Wir würden eher eine kantonale Lösung befürworten. Es gibt glaub einen Vorschlag in der Vernehmlassung. Wir schlagen darum vor, dass wir keinen Alleingang in Allschwil mit der heutigen Finanzlage machen. Aber wir sollten die Eltern ermutigen, die bestehenden Angebote zu nutzen. Solange das Angebot nur freiwillig bleibt, ist es fragwürdig, ob es wirklich entsprechend genutzt wird, wie wir uns das erwünschen. Wir empfehlen dem Gemeinderat zu folgen und das Postulat abzulehnen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Zuerst ein grosses Dankeschön an den Gemeinderat. Endlich ist das Licht aufgegangen, dass wir nicht mehr so viel Geld haben. Das habe ich gemerkt bei dieser Botschaft und das finde ich gut. Ich bin auch zweisprachig und als Fremdsprachenkind groß geworden. Ich habe eine Lehrabschlussprüfung gemacht und bin in die Ränge gekommen. Ich hatte kein DaZ und auch sonst nichts, das gab es damals nicht. Ich habe es aber trotzdem gemacht, ich wollte, ich habe einen Abschluss gemacht, und meine Eltern wollten das auch. Das ist der Unterschied, wenn man möchte, dann kommt man durch. Da wo ich wohne, sind ganz flotte fremdsprachige Familien. Die Frau geht dreimal pro Woche beim Hegenheimermattweg in eine Spielgruppe. Sie selber kann mittlerweile sehr gut Deutsch. Ihr Kind ist drei Jahre alt und spricht inzwischen besser Deutsch als ihre Muttersprache. Wenn man möchte, dann gibt es Angebote in Allschwil, die man nutzen kann. Das Problem ist, dass die Eltern die Angebote, die es gibt, nutzen. Wir gehen in die Richtung, dass wir alles noch mehr und noch mehr fördern. Mit Harmos hat es angefangen und jetzt kommt das nächste. Es geht immer um spezielle Gruppen. Aber die eigenen Kinder, welche zum Teil auch Probleme haben, fallen zurzeit durch einen Filter, weil man sich immer nur auf gewisse Gruppen bezieht. Dazumal bei mir hat man nicht geschaut, ob man mitkommt oder nicht. Entweder man schafft es oder man fliegt durch. Ich hatte den Ehrgeiz und habe es geschafft. Es ist die Frage, ob man es möchte und ob die Eltern unterstützen. Ich hatte den Rückhalt der Eltern. Und das ist auch die Frage, wo der Rückhalt der Eltern ist. Das sollte man mehr in die Pflicht nehmen. Wir müssen nicht immer Sonderprogramme machen, das Geld haben wir nicht mehr.

Roland Naef, parteilos: Auch ich möchte gratulieren, aber nicht zum Vorschlag Sparen, sondern zum Bericht. Der Bericht ist sehr umfangreich und sehr gut. Als ich ihn gelesen habe, bin ich am Schluss erschrocken, dass man es trotz der Notwendigkeit ablehnt. Es wird abgelehnt, weil man kein Geld mehr hat und weil man bei den Kleinsten sparen möchte. Ich weiss, was es heisst, wenn im Kindergarten viele Kinder sind, die nicht Deutsch sprechen, auch der Aufwand für DaZ in Allschwil. Je früher Kinder Deutsch können, desto mehr kann man nachher sparen, wenn die Zahlen in Allschwil so weitergehen. Auch ich bin mal zur Schule gegangen vor über 50 Jahren, aber die Zeiten ändern sich. Die Zeit können wir nicht aufhalten. Die Kinder können nicht mehr Deutsch. Je früher man sie erfassen kann, desto mehr können wir später einsparen. Wenn die Zahlen in Allschwil so weitergehen, dann brauchen wir immer mehr DaZ-Lehrkräfte. Wenn man DaZ-Lehrkräfte früher einsetzen können, damit sie den kleinsten Kindern Deutsch beibringen können, dann können wir sie nachher sparen. Bitte nicht bei den Kleinsten anfangen Schräubchen zu drehen. Wenn wir die CHF 181'000 ausgeben, dann müssen wir sie halt an einem anderen Ort zurückholen. Hier würde es sich wirklich rentieren, wenn wir das Geld ausgeben könnten.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Frau Vogt, es ist wahrscheinlich etwas vom Schlimmsten, was es gibt, wenn man fremdsprachige Eltern auffordert, mit ihren Kindern Deutsch zu reden. Dann lernen sie Fehler mit, welche man nicht mehr wegwirgt. Das ist der grösste Fehler, den man machen kann. Kinder müssen anders gefördert werden als durch die Eltern. Herr Zimmermann, es sind nicht alle so toll wie Sie. Es gibt auch andere Menschen, die können das nicht, was Sie konnten. Wir gehen immer davon aus, dass die Gemeinde pleite ist. Wie sieht denn das Budget 2015 aus? Ist es wirklich so schlimm? Alle reden von Pleite, das kann ich nicht so richtig glauben. Ich glaube nicht, dass unsere Gemeinde dies nicht bezahlen kann. Es wäre interessant zu wissen, wie es 2015 aussieht.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wir sind noch im Budgetprozess, dieser ist noch nicht abgeschlossen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe einen kleinen Input zum Thema Bilingue. Es geht nicht um Bilingue, wo einer Deutsch oder Schweizerdeutsch kann. Es geht um solche Kinder, wo die Eltern fremdsprachig sind. Ich kann es langsam nicht mehr zählen, wie oft es heisst, dass es effizient, wichtig

und entscheidend ist. Wenn es um Nachhaltigkeit geht, dann muss man es anschauen, aber Allschwil kann es nicht finanzieren. Das wird langsam peinlich. Mir ist es ein bisschen schlecht geworden, als ich den Bericht gelesen habe, wie wichtig dies alles ist und wie alles ausgemalt und beschrieben wird, welche Auswirkungen es hat. Und am Schluss ein Nein, Allschwil macht das nicht. Die Projektkosten seien so hoch und man müsse noch ein Konzept ausgestalten usw. Füllinsdorf hat seit 7 Jahren eine solche Gruppe, Liestal seit 5 Jahren. Das sind zwei, die bereits existieren mit dem genau gleichen Stundenansatz pro Woche und viel geringeren Kosten, als man es für Allschwil ausrechnet. Bei beiden sind ausgebildete Lehrpersonen tätig. Wenn nicht jetzt, wann dann? Wir haben jetzt die Chance, bei den kleinsten Kindern dies zu machen. Man kann es im Bericht lesen, dass man nachher auch die Klassen vergrössern kann, weniger Lehrpersonen einstellen kann. Das kann man jetzt noch nicht auf den Franken und Rappen genau erklären, wie das wird. Die Lohnkosten werden sich ändern. Es ist erwiesen, dass man später beim Lehrpersonal sparen kann. Wir werden später wieder jammern hier drin, weil wir so viel Lehrpersonal aufstocken müssen. Jetzt haben wir die Chance etwas zu ändern. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Zuerst möchte ich den Mitarbeitenden der Gemeinde danken für den tollen Bericht, den sie ausgearbeitet haben. Er ist sehr ausführlich und sehr gut dargestellt. Ich möchte kein Loblied singen, dass der Gemeinderat endlich anfängt zu sparen. Das wäre vor fünf Jahren nötig gewesen, und heute finde ich es am falschen Ort gespart. Ich möchte der jüngeren Generation und der älteren Generation, welche vielleicht Grosskinder haben, mit auf den Weg geben, dass Kinder mit Fremdsprachen, zwei- bis dreijährige Kinder, die nachher in die Schule kommen, auch für unsere Kinder, die Deutsch können, ein Hindernis sind. Das wird sie nämlich hemmen im Fortschritt in der Schule. Ich bin Fachlehrer an einer Berufsschule und ich habe viele ausländische Lehrlinge. Es ist manchmal fast zum Heulen, wenn ich das sehe. Hier mit CHF 180'000 zu sparen und sagen, dass wir pleite sind, ist am falschen Ort gespart. Vor allem, wenn es auch noch Subventionen gibt seitens des Kantons. Ich muss ein grosses Fragezeichen machen bei den Konzeptkosten. Ich frage mich, woher diese Zahlen kommen. Auch ich arbeite mit Projekten und ich budgetiere auch Projekte. Diese Zahlen sind für mich manchmal etwas aus der Luft gegriffen. Ich wäre froh, wenn ich dazu einen Kommentar erhalte. Ich möchte appellieren daran zu denken, dass diese Kinder, die Deutsch können und im Kindergarten und in der Schule sind, einen Nachteil haben, wenn sie mit Kindern zusammen sein müssen, die kaum Deutsch können. Sie kommen nirgendwo hin, das sieht man heute bei den Abschlussprüfungen. Die Qualität der Abschlussprüfungen gegenüber der Qualität vor 15 Jahren hat massiv abgenommen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Faria-Sparia-Hoo. Das ist das Signet, mit welchem ich versprochen habe, jedes Mal eine Gesangseinlage zu machen, wenn wir Geld brauchen, aber es uns nicht leisten können, weil wir beim Schulhaus- und Kindergartenbau hoffnungslos und unsinnig über die Schnur gehauen haben. Der Gemeinderat kommt mir bei diesem Geschäft vor wie eine Feuerwehr, die sieht, dass es brennt, weiss wie man löschen muss und sagt: Wir haben kein Wasser. Ich sehe drei Möglichkeiten, wie man bei diesem Geschäft reagieren kann. A: Armischwellheimer. Dazu muss ich nicht mehr sagen. B: Biss in den sauren Apfel, das heisst, von Steuererhöhungen reden. Die dritte heisst: Chancen nutzen, change the system. Das heisst, Arme Schwellheimer spielen, oder in den Apfel beißen, oder kreativ unternehmerisch denken. Ich sage später noch konkret, was ich damit meine. Das Erste ist eine hohe Anerkennung oder die Feststellung, dass wir einen hervorragenden Bericht haben. Es gibt eine sehr gut gemachte Analyse der Situation in Bezug auf die Fragestellung. Man hat geschaut, wie es andere machen, und man hat eine massgeschneiderte Lösung für Allschwil empfohlen. Ein Punkt des Berichts, den ich sehr relevant finde, die anderen sind bereits genannt worden von Vorrednerinnen und Vorrednern, ist, dass diese Angebote kostenfrei oder mit sehr wenig Kosten für die Eltern verbunden sein müssen, ansonsten erreichen wir nicht diese Kinder, die das brauchen. Es gibt Studien, nicht in USA und nicht in Deutschland oder in Frankreich, sondern in der Schweiz. Diese zeigen auf, sobald eine Angebotseinheit CHF 3 kostet und mehr, schicken diese Eltern, wo die Kinder es nötig hätten und nicht den Ehrgeiz und die anderen notwendigen Einsichten haben, um die Kinder zu unterstützen, ihre Kinder nicht. Die Diskussion über die Eigenverantwortung der Eltern ist gut und recht, ich unterstütze das längerfristig auch. Aber das nutzt den Kindern, die das jetzt brauchen, nichts. Nun komme ich noch zur unternehmerischen Kreativität. Beispiel 1: Wenn man beim Schulhaus nur eine Küche bauen würde oder sogar gar keine, ich kann Ihnen viele Betreuungsinstitutionen zeigen, wo man ohne Küche bestens über die Runden kommt, dann könnte man mit dieser Einsparung und mit einem guten Architekturbüro und guten Bauunternehmern – das gibt es in Allschwil – in zwei bis fünf Jahren herausholen.

Jürg Vogt, Präsident: Entschuldigung, Herr Keller, sprechen Sie doch bitte zum Thema.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich spreche nicht zu den armen Schwellheimer und nicht zu den Steuererhöhungen, sondern ich spreche zur unternehmerischen Kreativität. Die fehlt nämlich und das ist ein Thema. Zweites Beispiel: Wir haben in Basel geschaut, was es für Alternativen gibt bei diesem Bedarf. Es gibt sehr viele Angebote, das wurde auch bereits angetönt, wahrscheinlich auch in Allschwil. Aber wir kennen sie nicht und vor allem die Eltern kennen sie nicht. Das ist der Kinder- und Jugendstadtplan vom Kleinbasel aus dem Projekt Bildungslandschaften 4057. Da sind 80 Angebote, welche für die Förderung von Kindern geeignet sind. Unternehmerische Kreativität. Noch ein Beispiel, dann bin ich fertig. Ich war in Lausanne eingeladen, die Bildungslandschaft zu präsentieren vor 1000 Westschweizer Fachleuten. Dort habe ich nebenbei gehört, dass man in der Westschweiz Unternehmer verpflichtet, in einen Topf Geld zu bezahlen für Förderangebote. Die Unternehmer machen dies, weil sie sehen, was der wirtschaftliche Nutzen davon ist. Ich empfehle Ihnen, das ist der Schlusssatz, dem Gemeinderat nicht zu folgen. Ich empfehle nicht von Steuererhöhungen zu sprechen. Ich empfehle Ihnen, das Geschäft zurückzugeben mit dem Auftrag an den Gemeinderat unternehmerische Kreativität zu zeigen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Kurz ein paar Sachen zu dieser inzwischen lang gewordenen Diskussion. Herrn Ruckstuhl möchte zum Rückkoppelungseffekt sagen, dass da ein positiver Effekt sein soll, das möchte ich in Frage stellen. Ich sehe das bei den Einbürgerungen. Da sieht man ein klarer Trend. Es gibt viele Kinder, die Deutsch können und sich einbürgern möchten, und auch eine gewisse Quote schafft das. Sie machen das alleine, das heisst, dass die Eltern entweder kein Interesse daran haben oder die Sprache nicht können. Wenn man dann schaut, an was das liegt, dann gibt es dafür verschiedene Gründe. Den Rückkoppelungseffekt möchte ich jetzt einfach so im Raume stehen lassen. Es geht in die Richtung, die Ueli Keller gesagt hat, change the system, nämlich die private und Eigeninitiative fördern und nicht die Kosten der Gemeinde bemühen. Das ist "change the system", völlig richtig erkannt, danke. Ich möchte noch auf das Kostenbeispiel eingehen, welches vorhin aufgelegt wurde. Ich bin ein bisschen enttäuscht ab der Antwort von Herrn Gadola, weil ich mit CHF 5'000'000'000 nichts anfangen kann. Sachen aus Deutschland sind vollkommen irrelevant. Es geht um Allschwil und dann noch vielleicht die Schweiz. Es kann sein, dass ich es nicht richtig begriffen habe. Man sagt, man kann 150 Stellenprozent sparen kann. Wenn ich mit meinen bescheidenen Fähigkeiten dies mathematisch berechne, dann sehe ich, dass CHF 180'000 jährliche Kosten kommen. 150 Stellenprozent einsparen, heisst auf die Kosten von hier CHF 464'000, wenn das die 560% sind, wie hier im Bericht angenommen, dann macht das von 150% heruntergerechnet rund CHF 140'000. Ob wir hier noch CHF 40'000 dazwischen haben oder nicht, ist egal. Rechnen wir mal mit einem Nullsummenspiel. Das heisst, wir investieren CHF 180'000 pro Jahr, können mittelfristig 150 Stellenprozent sparen, und wo spare ich jetzt hier Geld? Entweder begreife ich es nicht, oder die Rechnung geht nicht auf, oder es ist gelogen, wenn man sagt, dass man etwas spart. Vielleicht kann man mir das erklären, wenn es unbedingt notwendig ist, ansonsten bleibe ich bei meiner Feststellung, dass wir hier nichts sparen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion; Ich möchte im Namen der CVP-Fraktion sprechen. Wir haben den Bericht des Gemeinderates sehr genau angeschaut und sind zum gleichen Schluss gekommen wie die FDP, was Herr Gruber vorhin gesagt hat. Eine solche Förderung kann sinnvoll sein, aber wenn wir diese Förderung machen, dann müssen wir das auf Kantonsebene machen und nicht kommunal. Das kann sonst zu falschen Ergebnissen führen. Wir meinen, dass eine Gemeinde nur das Geld ausgeben kann, welches tatsächlich vorhanden ist. Wie es sich bereits bei der Debatte zum Schulhaus gezeigt hat, das wurde vom Volk und vom Einwohnerrat angenommen, darauf können wir nicht zurückkommen, dass man den finanziellen Pfad nämlich einhalten muss und kein Abweichen nach links oder rechts möglich ist. Die Gemeinde kann nur das Geld ausgeben, das vorhanden ist, und das Geld fehlt momentan. Wir empfehlen den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Herr Gadola, ich bin nicht gut, ganz und gar nicht. Ich bin nicht dumm, das stimmt vielleicht. Ich komme draus und ich sehe ein bisschen die Zusammenhänge. Aus diesem Grund bin ich in der Partei, in der ich hier sitze. Ich möchte zu Ihrem Votum, Herr Gadola, noch etwas sagen. Mich erstaunt es, wenn ich an einem Elternabend bin, wo Mille Feuilles vorgestellt wird, und dort wird von einer Fachperson wortwörtlich gesagt: Sie müssen das Französisch nicht richtig können. Sie müssen einfach – ich sage es jetzt etwas salopp – palavern können und dann ist es gut, wenn man etwas versteht. Französisch ist meine Zweitsprache. Wenn man im Französisch anfängt, falsche Wörter aufzuschreiben, dann hast du sie bis ans Lebensende falsch, dann schreibt man sie nicht mehr richtig. Ich habe das Glück, dass die Lehrperson, welche bei meiner Tochter das Frühfranzösisch unterrichtet,

dem nicht Folge leistet. Bei ihr müssen Karteikarten sauber und korrekt geschrieben sind, ansonsten zählt sie es nicht. Das finde ich richtig. Da zeigt sich ein gewisser Widerspruch in der Äusserung. Beim Mille Feuilles darf man alles falsch machen, beim Deutsch muss man es richtig lernen von Grund auf. Das ist eine Aussage, die viele Eltern gehört haben. Und vielen Eltern standen die Haare zu Berge, dass man den Kindern etwas spielerisch einimpft, auch wenn es falsch ist. Ich verstehe nicht, wenn man jetzt sagt, dass das Deutsch von Anfang perfekt sein muss, aber bei der Zweitsprache spielt es dann keine Rolle. Danke Ueli, dein Votum war genial.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Bei den 150 Stellenprozenten, welche man einsparen möchte, geht es alleine um die Schulzeit. Was später noch kommt, und das steht im Bericht, sind Einsparungen bei den Arbeitslosengelder und im Sozialbereich. Dort kann man auch noch Einsparungen machen. Wir wissen das Potential, welches hier drin steckt, noch gar nicht. Betreffend falsche Wörter im Französisch: Umso wichtiger ist es, dass wir das Frühdeutsch den Kinder nicht von Privatleuten lehren lassen, sondern von Profis, welche extra dafür geschult sind. Diese Weiterbildung gibt es in Basel-Stadt schon lange, da muss nichts Neues erfunden werden, wie es im Bericht steht. Wenn wir kurzfristige Kredite aufnehmen, trotz der schmalen Kasse, dann heisst es immer, dass wir in die Zukunft schauen sollen. Der einzige Aspekt, wo die Nachhaltigkeit – wir sagen immer, dass Allschwil nachhaltig sei in Planung und Politik – wirklich zieht, ist dann, wenn es um unsere Kinder geht. Sagt bitte ja zu dieser Frühförderung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich weiss nicht, was die Fachlehrkraft am Elternabend gesagt hat. Aber ich kann Ihnen versichern, ich habe 42 Jahre Französisch in Allschwil unterrichtet. Wer jemals bei mir war, der weiss, dass sie Französisch können, keine Diskussion. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand sagt „Je m'en fous“, wenn jemand einen Fehler macht. Es wäre gleich, wie wenn wir im Einwohnerrat sagen würden, sinnbildlich überträgt: Es ist ja egal, wenn alle rasiert kommen. Bitte lässt mich so, wie ich bin. Philippe, du hast vorhin etwas zu den Kosten gesagt, wo kann ich sparen. Ich kann auch sagen: Wo gebe ich mehr aus? Wir haben mehrmals gehört, wenn wir früher anfangen, dann haben wir später weniger Folgen. Wenn man früher lernt Velo zu fahren, dann kann man es später besser. Wenn ich spare, dann spare ich in der Zukunft. Ich spare bei Kleinklassen, ich spare bei Sonderförderungen und bei Unterstützungen in der Lehre. Wir müssen früh anfangen und diese Chance müssen wir packen. Wir können nicht sagen, dass die anderen sollen. Die Eltern machen mit. Ich habe wenige Eltern erlebt, die gesagt haben „Je m'en fous“. Wenn sie die Chance haben, ich glaube, ich kann die Leute davon überzeugen, dann spielen sie mit. Die Frage ist nicht, wo ich spare. Die Frage ist, wenn wir das nicht tun, wo geben wir in Zukunft mehr aus, bis die Kinder in der Oberstufe sind, dort schlägt es zu. Da geht es auch um Niveaufragen, können wir wirklich Bio und diese Sachen machen und in Mathe weitergehen. Überall ist die Sprache drin, es gibt kein Fach ohne die Sprache. Wenn die Wirtschaft motzt, dass zu wenig geht, dann müssen wir dort anfangen, dass wir den Kindern jede Möglichkeit bieten. Wir haben eine Verantwortung nicht nur für die Familie, sondern auch für die Zukunft, die Wirtschaft in Allschwil. Ich möchte nicht, dass die Kinder in die International School gehen, die haben wir verloren. Wir brauchen die Eltern und die Kinder bei uns.

Jürg Vogt, Präsident: Wir werden die Rednerliste weiterführen. Trotzdem möchte ich kurz ein Wort sagen. Es haben einige Redner bereits zweimal gesprochen. Es wiederholt sich langsam, ich wünsche, dass man sich kurz fasst. Ich nehme an, Herr Gadola stellt seinen Antrag noch vor.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ihr habt unseren Antrag vor euch liegen. Wir beantragen Ihnen, dass man mit dem Aufbau des gemeindeeigenen Angebot für eine Förderung von benachteiligten Kindern im Vorschulalter im Budget 2015 anfängt. Wir fangen nicht jetzt bereits an, sondern erst ab 2015. Wir wissen dann genau, wie viel Defizit wir haben.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte kurz zur Einsparungsmöglichkeit etwas sagen. Das mag sein, dass wir langfristig in der Arbeitslosenversicherung oder sonst irgendwo sparen. Das würde voraussetzen, dass wir im ganzen Kanton oder noch besser auf Bundesebene dieses Angebot unterbreitet. Wenn dies nur die Gemeinde Allschwil macht, dann ist das ein Tropfen auf den heissen Stein. Ich glaube nicht, dass wir ein grosses Einsparpotential haben. Die Mobilität ist heute sehr gross. Die Kinder, welche früh gefördert werden, bleiben dann vielleicht nicht in Allschwil. Ich bin nach wie vor der Meinung, wenn dies einen finanziellen Gewinn bringen soll, dass man dies grossflächig anbieten muss und nicht nur auf der Gemeinde Allschwil.

Jürg Vogt, Präsident: Möchte jemand abschnittsweise Beratung des Berichts des Gemeinderates? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zur Abstimmung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ueli, du hast vorhin etwas von Zurückweisen gesagt. Hältst du daran fest? Kannst du das nochmals formulieren?

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Mein Antrag heisst, dass wir diesen Bericht des Gemeinderates zurückweisen, also nicht Eintreten auf den Vorschlag der Nicht-Einführung der Frühförderung, und den Gemeinderat beauftragt unternehmerische Kreativität walten zu lassen und Alternativen vorzuschlagen, wie man die dringend nötige, effiziente und wirkungsvolle Frühförderung in Allschwil realisieren könnte. Ich bin jetzt seit zwei Jahren in Allschwil politisch aktiv und sehr ernüchert über das Niveau. Bei dieser Gelegenheit könnte man zeigen, dass wir einen anderen Kurs fahren in Allschwil. Was Basel macht, ich möchte die einen gegen die anderen ausspielen, ist wirklich innovativ und zukunftsorientiert, gerade im Fall der Frühförderung.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Keller, hätten Sie das nicht bei der Eintretensdebatte bringen müssen? Auf jeden Fall brauche ich diesen Antrag schriftlich. Sie müssen den schriftlich formulieren.

Roland Naef, parteilos: Ich schlage vor, dass wir jetzt Pausen machen und Ueli Keller kann seinen Antrag formulieren. Nach der Pause stimmen wir dann über die beiden Anträge ab.

Jürg Vogt, Präsident: Das ist ein guter Vorschlag.

PAUSE

Wegen eines technischen Fehlers des Aufnahmegerätes, wird das Abstimmungsprozedere nicht als Wortprotokoll sondern als Ergebnisprotokoll wiedergegeben. :

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, gibt einen Text ab, der für alle sichtbar auf der Leinwand projiziert wird: „Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag, zur Umsetzung des in seinem Bericht enthaltenen Konzepts für die Frühförderung einen Realisierungsvorschlag mit alternativen Finanzierungsquellen auszuarbeiten“.

Auf die Anfrage von **Philippe Hofmann**, CVP, ob mit „alternativen Finanzierungsquellen“ ausschliesslich budgetneutrale Finanzierungsquellen gemeint sind, bestätigt **Ueli Keller**, EVP/Grüne-Fraktion, ausdrücklich, dass das Budget nicht belastet werden darf.

Jürg Vogt, Präsident, schlägt vor, dass zuerst über die beiden Gegenanträge abgestimmt und anschliessend der obsiegende Antrag dem Antrag des Gemeinderates gegenübergestellt wird. Dieses Vorgehen wird auch von **Stephan Wolf**, CVP und **Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin, unterstützt.

Simon Zimmermann schlägt vor, dass über alle drei Anträge einzeln abgestimmt wird und zwar zuerst über den Antrag der SP-Fraktion, dann über den Antrag von Ueli Keller und zuletzt über den Antrag des Gemeinderates..

Jürg Vogt, Präsident, lässt § 78 des Geschäftsreglements projizieren und lässt schliesslich über den Antrag von Simon Zimmermann, SVP, abstimmen.

Dem Antrag von Simon Zimmermann, SVP, einzeln über die Anträge abzustimmen wird mit 16 Ja zu 15 Nein bei 3 Enthaltungen gegen den Antrag des Büros des Einwohnerrates zugestimmt.

Der Antrag der SP-Fraktion, die Gemeinde Allschwil beginnt den Aufbau eines gemeindeeigenen Angebots „Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter“ und budgetiert den entsprechenden Betrag ab 2015 wird mit 13 Ja zu 19 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag von Ueli Keller, Grüne, der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag, zur Umsetzung des in seinem Bericht enthaltenen Konzepts für die Frühförderung einen Realisierungsvorschlag mit alternativen Finanzierungsquellen auszuarbeiten wird mit 24 Ja zu 2 Nein bei 8 Enthaltungen angenommen.

Simon Zimmermann, SVP, gibt nochmals zu bedenken, dass jetzt der Antrag des Gemeinderates, wonach auf ein entsprechendes Angebot zu verzichten sei, abgelehnt werden sollte, um dem bisher obsiegenden Antrag von Ueli Keller zum Durchbruch zu verhelfen.

Ab hier geht es mit dem Wortprotokoll weiter:

://:

Der Antrag des Gemeinderates wurde mit 9 Ja und 21 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen deutlich abgelehnt.

Roland Naef, parteilos: Ich hoffe, dass es kein Juristenfutter gibt und dass alle Juristen im Einwohnerrat folgen können, was wir wollten. Wir möchten, dass der Antrag von Bruno Gadola stehen bleibt und dass sich der Gemeinderat überlegt, wie er das Geld anders hereinholen kann. Der Gemeinderat hat viel Zeit bis zur Budgetdebatte, damit man dem folgen kann, was wir wollten. Der Gemeinderat sieht von vorne jedes Stimmverhalten von uns. Bei diesen Vorlagen würde es mich interessieren, wie der Gemeinderat innerhalb des Gemeinderates abgestimmt hat. Das geht, es steht in keinem Gesetz, dass alles, was der Gemeinderat macht, geheim ist. Ich möchte das nicht heute Abend wissen, aber für die Zukunft wäre es hilfreich, wenn aus gewissen Ressorts ein Echo kommt, wie sie zu dieser ganzen Sache stehen.

Jürg Vogt, Präsident: Es ist klar, der Antrag von Herrn Keller hat obsiegt und somit ist die Abstimmung für alle klar. Der Form halber muss ich noch über den Antrag b des Gemeinderates abstimmen.

b) Das Postulat No. 4095 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Das ist grossmehrheitlich nicht erledigt abgeschrieben.

Jürg Vogt, Präsident: Somit erledigt sich die Schlussabstimmung über dieses Geschäft.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Als Wahlbüropräsidentin möchte ich euch darauf aufmerksam machen, dass Abstimmungen geheim sind. Wir können auch nicht beim Stimmrechtsausweis das Couvert öffnen und schauen, wie der Meier abgestimmt hat.

Jürg Vogt, Präsident: Zuerst kommt nun noch das Info-Fenster und die Fragestunde.

INFO-FENSTER

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeinderatspräsidentin: Ich habe zwei Informationen. Einerseits ist das die Pensionskasse und zwar die Frage: Wie geht es weiter für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Wie Sie wissen, aufgrund der Neuerungen, die ab 1.1.2015 gelten, müssen die Gemeinden sogenannte Vorsorge-Kommissionen einsetzen. Die Vorsorge-Kommissionen haben gewisse Kompetenzen, wo sie Entscheidungsgewalt haben und einen anderen Bereich, wo sie bloss ein Antragsrecht haben. Wir haben in Allschwil unsere Vorsorgekommission konstituieren lassen. Von Seiten Arbeitgeber bin ich dort drin als Co-Präsidentin, Christoph Morat und Robi Vogt. Von Seiten Arbeitnehmenden ist Ornella Segginger als Co-Präsidentin drin. Sie ist verantwortlich für das Katasterwesen und Grundbuch-Angelegenheiten auf

der Gemeinde. Martin Naegelin von der IT-Abteilung, und Bernhard Vogt, Werkhofmitarbeiter sind dort auch mit drin. Berater ohne Stimmrecht in dieser Kommission ist unser Gemeindeverwalter Dieter Pfister. Wie ich vorhin gesagt habe, die Kommission hat bereits verschiedene Entscheide gefällt. Unter anderem eine der wichtigsten Entscheidungen, nämlich die, dass wir in der Gemeinde Allschwil für unsere Mitarbeitenden bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse bleiben möchten. Es stand in Diskussion, ob wir allenfalls wechseln möchten zu einer anderen Versicherung. Wir haben uns klar dafür entschlossen, dass wir das nicht möchten. Die Vorsorgekommission hat den Entscheid so gefällt. Auf der anderen Seite war es ein Thema, welches Vorsorgemodell wir wählen für unsere Mitarbeitenden. Da wurde entschieden, dass wir analog dem Staatspersonal fahren möchten, das Modell 60:60. Das Rentenziel ist 60% vom massgeblichen Lohn und auch die IV-Rente hat 60% des massgebenden Lohnes zum Ziel. Bezüglich der Prämienaufteilung wurde entschieden von der Vorsorgekommission dass dies 45% zu 55% erfolgen soll. Die Arbeitnehmenden bezahlen 45% und die Arbeitgeber 55%. Vorher war dies bekanntlich 40% zu 60% aufgeteilt. Ein weiterer Entscheid, der von der Vorsorgekommission gefällt wurde, war, dass wir vorerst keine Beiträge in einen Teuerungsfonds einzahlen möchten. Bezüglich des Antrags, was mit dem Besitzstand passieren soll, hat die Vorsorgekommission beantragt und wird Ihnen das an der nächsten Einwohnerratssitzung unterbreiten, dass der Besitzstand analog des Modells Staatspersonal erfolgen soll. Das heisst, es gibt einen gewissen Besitzstand für Leute über 50 Jahre alt, aber nur teilweise. Es ist kein voller Besitzstand möglich. Das liegt in der Kompetenz des Einwohnerrates, der Einwohnerrat entscheidet dies definitiv. Wichtig ist hier bereits zu hören, dass es von Gesetzes wegen keine Referendumsmöglichkeit gibt. Es werden noch verschiedene Änderungen beim Personal- und Besoldungsreglement anstehen. Teilweise wird sich nur eine Wortwahl ändern, weil wir nicht mehr BLPK drin haben möchten, sondern es heisst dann „eine anerkannte Vorsorgeeinrichtung“. Und neu ist natürlich das Pensionsalter 65. Das sind die Neuerungen im Hinblick auf die Pensionskasse. Andererseits möchte ich noch etwas sagen zum Schulhaus Gartenhof. Der Bau läuft und schreitet voran. Sie sehen das, wenn Sie dort durchfahren. Am 25. Juni fand der Spatenstich statt. Mittlerweile stehen wir vor einem weiteren Meilenstein im Hinblick auf die Realisierung dieses Gebäudes. Die Grundsteinlegung steht an, diese ist nächsten Mittwoch, 24. September, 11.00 Uhr. Sie haben alle eine Einladung erhalten, es würde mich und den Gesamt-Gemeinderat sehr freuen, wenn wir fast alle begrüßen dürfen. Es ist toll, dass wir das so durchführen können. Es werden auch Schulklassen dort sein, welche den ganzen Akt feierlich umrahmen. Wir freuen uns und hoffen, den einen oder die andere dort zu sehen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen nur kurz mitteilen, dass wir in der Hauptabteilung Tiefbau Umwelt ein Bauvorhaben verzögern müssen. Wir haben in der Oberwilerstrasse ein Bauvorhaben, wo wir die Wegleitungen erneuern möchten. Gleichzeitig erneuert der Kanton Baselland die Strasse. Dieses Bauvorhaben wird nicht diesen Herbst starten, sondern erst nächstes Jahr nach der Fasnacht.

FRAGESTUNDE

Jürg Vogt, Präsident: Wem darf ich das Wort geben zur Fragebeantwortung 1 von Ueli Keller?

Aktiv in Allschwil

Angeregt durch Gsünder Basel und seine Bewegungstreffen im Schützenmattpark hat die Gruppe Wegmatten-bleibt-grün per Mai 2012 auf den Allschwiler Wegmatten einen gratis und professionell geleiteten, öffentlichen Gymnastikkurs angeboten. Dieser wurde vom Gemeinderat damals aber aus abstimmungstaktischen Gründen verboten.

1. *Wie denkt der Gemeinderat heute über sein Verbot?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich gehe davon aus, dass Sie die Frage vor sich haben, dann muss ich diese nicht vorlesen. Herr Keller fragt, ob wir den damaligen Beschluss heute immer noch als richtig befinden. Der Gemeinderat hat am 9. Mai 2012 den Antrag von Frau Lanz, auf dem Elefantenacker kostenlos Bewegungskurse anzubieten, abgelehnt, da er dies, im Hinblick auf die Abstimmung Wegmatten bleibt grün oder Masterplan Wegmatten, als ungünstig beurteilt hat. Er hat auch klar und unmissverständlich informiert, dass sich der Gemeinderat freuen würde, wenn diese Leute nach der

Abstimmung über die Initiative, wieder ein solches Gesuch stellen würde, bis heute kam keines. Nach wie vor steht der Gemeinderat zu dieser Entscheidung, die er damals getroffen hat.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Da ich den Antrag nicht gestellt habe und den Schriftverkehr dazu nicht kenne, wusste ich nicht, dass die Option offen ist. Ich möchte eine Nachfrage stellen. Wenn wir neu ein freiwilliges und gratis Angebot auf die Beine stellen würden, würde dies der Gemeinderat kommunikativ und administrative unterstützen? Das eine ist freiwillige Arbeit, aber das hat auch Grenzen, wenn es um Kommunikation, also Publikation eines solchen Angebots gehen würde.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das kommt immer drauf an, was dann letztendlich für ein Vorschlag da ist. Für uns ist wichtig, dass es professionell ist, wenn es auf diesem Land ist. Aber Sie könnten mal ein Gesuch stellen, dann schauen wir, wie das aussieht. Was wir nicht leisten können, sind finanzielle Mittel.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Frage 2.

Aussenraumplanung neue Primarschule

Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat und den Stimmbürger/innen das Bauprojekt im 2013 ohne konkrete Aussenraumplanung vorgelegt und dabei versprochen, eine solche würde folgen.

1. *Wie denkt der Gemeinderat heute über sein Versprechen?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Ueli Keller stellt die Frage, wie der Gemeinderat über sein Versprechen nachdenkt, was die Aussenraumplanung des Schulhauses Gartenhof angeht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir gut im Plan sind. Wir haben dieses Projekt weitergetrieben, und zwar unter tatkräftiger Unterstützung der Architekten und von dem Landschaftsplaner, welche in diesem Generalplaner-Team drin sind. Wir sind heute einen Schritt weitergekommen und haben, weil wir das Thema sehr ernst nehmen, eine Arbeitsgruppe nochmals diese Anliegen beraten lassen. Wir werden bis im Dezember einen einigermaßen konkreten Vorschlag haben, den wir anfangs des neuen Jahres von der Konsultativkommission, wo auch einige Mitglieder des Einwohnerrates drin sitzen, ich glaube auch du Ueli Keller, konsultativ beraten lassen. Anschliessend werden wir die Planung finisieren, sodass wir im Mai 2015 die Arbeiten definitiv ausschreiben können. Es ist noch nichts in Stein gemeisselt, aber wir nehmen uns diesem Anliegen mit der notwendigen Ernsthaftigkeit und Sorgfältigkeit an.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke für diese Antwort. Ich kenne jetzt den Fahrplan, den kannte ich bisher nicht, das ist gut. Ich habe auch hier eine Nachfrage mit einem Angebot an den Gemeinderat. Wie stellt sich der Gemeinderat zur Option, dass man gemeinsam eine Veranstaltung machen könnte zum Aussenraum dieses Schulhauses unter dem Aspekt, dass es ein Freiraumkonzept-Realisierungsschritt ist. Man könnte mit Leuten, welche Erfahrung haben, mit einer partizipativen Aussenraumentwicklung, welche zeigen könnten, wie Aussenräume gemacht wurden bei anderen Schulen, die Bevölkerung informieren über diese Chance, welche beim Aussenraum im Sinne einer Realisierung eines Freiraumkonzeptes besteht, ohne Kostenfolgen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir nehmen das sicher entgegen, werden es im Gemeinderat diskutieren und den Steuerungsausschuss damit beauftragen, und dann geben wir eine Antwort. Jetzt spontan kann ich keine Antwort geben.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 3 von Ueli Keller.

Armutsbericht

Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat im Juni 2014 einen Armutsbericht für CHF 60'000 vorgeschlagen. Ein solcher wurde abgelehnt. Das Problem ist damit aber nicht vom Tisch.

-
1. *Wie denkt der Gemeinderat über die Idee, dass er in seinem Geschäfts- bzw. Jahresbericht jeweils ein Kapitel dem aktuellen Stand der Armut widmet, mit konkret auf Gemeindeebene realisierbaren, wirkungsvollen Massnahmen?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Zur Frage Armutsbericht. Im Rahmen der Abklärungen über den Armutsbericht und den entsprechenden Berichterstattungen an den Einwohnerrat hat sich der Gemeinderat deutlich geäussert, dass bezüglich der verwaltungsinternen Stellen für einen Armutsbericht Ressourcen fehlen, damit es ein Bericht ist, der aussagekräftig wird. Zudem berichten auch die Sozialhilfebehörden. Wir haben zwei Seiten, wo Trends drin sind und wo man lesen kann, wie die Trends sind, wie viele Fälle haben wir, wie viele Leute sind davon betroffen, und wie viele Zugänge und Abgänge gibt es. Das ist alles dort drin in den Statistiken ersichtlich. Viel mehr kann man nicht einführen. Der Gemeinderat möchte keinen Mini-Armutsbericht im Geschäftsbericht.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin mit dieser Antwort nicht zufrieden. Ich werde als GPK-Mitglied nochmals einen Vorstoss machen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 4 von Ueli Keller.

Ausstellungen im Alterzentrum Am Bachgraben

Die Ausstellungen im Alterszentrum Am Bachgraben sind bei Besucher/innen und Bewohner/innen beliebt.

1. *Trifft es zu, dass deren Weiterführung in Frage steht?*
2. *Und wenn ja, wie denkt der Gemeinderat darüber?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Es geht um die Ausstellung im Alterszentrum. Der Gemeinderat hat darauf überhaupt keinen Einfluss. Der Gemeinderat kann nichts entscheiden bei diesen Ausstellungen. Der Gemeinderat unterstützt dies auch nicht, weder finanziell noch anderweitig. Die Ausstellungen werden vom AZB selber entschieden und die sagen, wie viel und was sie machen. Sie suchen auch die Künstler und sie finanzieren es selber. Im Moment ist es so, dass die zuständige Fachspezialistin vom Alterszentrum, welche das bisher immer gemacht hat, anfangs September das Alterszentrum verlassen hat. Das haben Sie zum Anlass genommen, eine Neu-Ausrichtung zu planen und zu diskutieren. So wie diese Diskussionen ausfallen, wird dies dann weitergeführt. Die 6 bis 8 Ausstellungen pro Jahr finden im Moment nicht statt. Man kann aber trotzdem dort Bilder anschauen. Es gibt eine Vereinbarung mit dem Kulturverein Allschwil/Schönenbuch. Diese haben Bilder im Lager und sie hängen diese jetzt dort auf in zwei Etappen, zuerst die eine Hälfte und dann die andere Hälfte. Im Moment hängen diese Bilder bereits. Wenn jemand Interesse hat, dann kann er diese Bilder besichtigen. Das geht vom 09. September 2014 bis zum 3. August 2015. Bis dann sollte ein neues Konzept stehen, wie sie dies weiter bewirtschaften möchten.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke für die Antwort. Ich möchte ganz kurz festhalten, dass die Ausstellungen sowohl für die Besucher als auch für die älteren Personen dort, insbesondere für ihre Lebensqualität, mit dem Austausch, der damit verbunden ist, eine wichtige Angelegenheit ist. Ich habe eine kleine Frage. Wenn ich selber initiativ werden sollte, an wen müsste ich mich dort wenden?

Arnold Julier, Gemeinderat: Du kannst zum Alterszentrum gehen, zu Herrn Zamengo, dem Direktor des Alterszentrums. Du kannst dich erkundigen, was sie machen. Der Gemeinderat hat darauf keinen Einfluss.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 5 von Ueli Keller.

Beitrag der Gemeinde zum Klimaschutz

Nur wenige Tage vor einem entscheidenden UN-Klimagipfel wollen am 21. September 2014 viele hunderttausend Menschen vom Netzwerk AVAAZ („Stimme“) auf der ganzen Welt zeigen, dass es ihnen mit dem Klimaschutz ernst ist.

1. *Wie denkt der Gemeinderat über einen Bericht im Allschwiler Wochenblatt, mit dem er aufzeigt, wo Allschwil in Sachen Klimaschutz steht, und mit welchen konkreten weiteren Schritten in Richtung 100% saubere, erneuerbare Energie die Gemeinde ihren Beitrag für den Erhalt der Lebensgrundlagen auf unserer Erde leisten will?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Die Frage lautet, ob es einen Beitrag gibt von der Gemeinde zum Klimaschutz im Allschwiler Wochenblatt. Im Moment ist kein solcher Medienartikel geplant. Ich kann hier darauf hinweisen, dass wir uns nächstes Jahr beim Trinationalen EuroDistrict Basel an einem Projekt beteiligen möchten, wo es genau um diese Aktivitäten geht. Dort werden wir nach Energiesparpotential suchen, und einen Meilenstein zum Klimaschutz leisten. Wenn das Projekt gestartet ist, dann möchten wir Sie gerne über die Medien informieren. Das kann ich in Aussicht stellen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Das ist eine wunderbare Antwort. Meine Frage stimmt nicht mehr ganz. Es sind nicht hunderttausende von Menschen, die das unterzeichnet haben, sondern gegen 4'000'000.

Jürg Vogt, Präsident. Wir kommen zu Frage 6 von Susann Vogt.

Schulsport; Rasenfläche bzw. Spielwiese kaum benutzbar wegen grossen Löchern

Die übrige Rasenfläche, welche die Sekundarschule zum Spielen noch hat, liegt neben der Baustelle vom Primarschulhaus Gartenhof. Die Spielwiese ist kaum benutzbar, da ein schweres Baufahrzeug die Rasenfläche mit grossen Löchern deformiert hat. Die Unfallgefahr ist entsprechend gross.

1. *Wer ist dafür zuständig, dass der Rasen instand gehalten wird und was wird unternommen, um die Verletzungsgefahr zu verhindern?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Danke für diese Frage, ich helfe gerne bei der Aufklärung eines Missverständnisses. Wenn man jetzt vom Lettenweg auf den Sportplatz eintritt, also dort, wo es zu den Garderoben und den Turnhallen geht, hintendran ist der Gummiplatz und die Rasenfläche, dann befindet man sich auf einer Parzelle, die dem Kanton Baselland gehört. Diese haben wir dem Kanton verkauft, das war einmal unsere Parzelle. Diesen Teil haben wir 2009 dem Kanton verkauft. Der Kanton ist auf den gleichen Bauunternehmer zugegangen, die Firma Kiefer aus Allschwil, welche den Aushub für die Gemeinde Allschwil gemacht hat. Er hat ihn gebeten, in seinem Auftrag gewisse Arbeiten auf seinem Land zu machen. Das Ganze wurde vom Hochbauamt und von der Bildungs-Schul-Kreisdirektion geleitet. Als wir gemerkt haben, dass da etwas nicht ganz sauber läuft, uns liegt etwas an der Gesundheit unserer Kinder in Allschwil, haben wir diesen Mailverkehr sofort an die richtigen Stellen weitergeleitet. Es kamen Reklamationen von vor allem Sportlehrern per Mail. Wir haben das weitergeleitet und die beiden Stellen miteinander verknüpft. Das hat nichts mit der Gemeinde Allschwil zu tun und ich hoffe, dass der Kanton seiner Aufsichtspflicht für seine eigenen Liegenschaften nachkommt.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 7 von Susan Vogt.

Schulsport; Elternbegleitung bei Schwimmunterricht

Elternbegleitung ist bei Schwimmunterricht auf Primarstufe neu nötig. Die Schule hinterlässt bei vielen Eltern ein schlechtes Gewissen, wenn diese aus diversen Gründen keine Zeit aufbringen können, um ihre Kinder im Schwimmunterricht zu begleiten. Keine Elternbegleitung = kein Kinderschwimmen.

1. *Warum wird auf der Primarstufe den Eltern nahe gelegt, dass sie beim Schwimmunterricht Aufsicht halten müssen, damit er stattfinden kann?*

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Danke für diese Frage, wir hätten dies sowieso noch weiter ausgeführt. Die Schulleitung hat Ende Juni, also direkt vor den Sommerferien eine Empfehlung des

Kantons betreffend Umsetzung Wassersicherheit im Schwimmunterricht erhalten. Die Vorgabe ist, dass ab 17 Schülerinnen und Schüler, zusätzlich zur Lehrperson eine zusätzliche Begleitperson anwesend sein muss. Und die Lehrpersonen müssen im Besitz eines schweizerischen Lebensrettungsgesellschafts-Brevet sein. Der Schulrat und die Schulleitung begrüssen, dass es seitens des Kantons eine verbindliche Richtlinie in dieser Sache gibt. Aufgrund der Kurzfristigkeit musste eine Übergangslösung entwickelt werden, damit der Schwimmunterricht nach den Sommerferien trotzdem lückenlos weitergeführt werden konnte. Wir haben auch bei unserem Rechtsdienst nachgefragt, wie er diese Empfehlung sieht. Da wurde uns auch gesagt, dass aufgrund der Haftungsfrage eine zeitnahe Umsetzung gut wäre. Das hat uns dazu verpflichtet möglichst schnell nach den Sommerferien etwas zu starten. Aus diesem Grund hat der Schulrat gemeinsam mit der Schulleitung einen Elternbrief verfasst, indem die Eltern angefragt wurden, ob sie allenfalls bereit wären, den Schwimmunterricht in einer Übergangslösung zu begleiten. So wurde es auch vom Kanton schriftlich empfohlen. Der Brief hat nebst kritischen Stimmen auch viele positive Echos ausgelöst. Zahlreiche Klassen konnten Teilnehmenden-Listen bis Weihnachten füllen. Der Schulrat und die Schulleitung sind dran, ein definitives Konzept für den Schwimmunterricht zu erarbeiten. Allschwil kann dies nicht so schnell umsetzen. Die Umsetzung ist nicht zuletzt auch eine Kostenfrage. Eine zusätzliche Herausforderung für Allschwil ist, dass mangels Turnhallen für alle Klassen eine dieser drei Sportstunden im Hallenbad stattfinden muss. In anderen Gemeinden findet der Schwimmunterricht nur alle 14 Tage statt, in Halbklassen, oder nicht über die ganze Primarschulzeit. Eine professionelle Schwimmbegleitung für die Allschwiler Primarschulklassen kostet jährlich geschätzt, behaften Sie mich nicht auf diese Zahl, CHF 185'000 ab Sommer 2015. Hinsichtlich der Erweiterung von Harnos kommen noch Kosten dazu. Zusatzkosten sind, weil es so kurzfristig ist, noch nicht im Budget 2015 geplant, das klären wir noch.

Jürg Vogt, Präsident: Wir machen jetzt zuerst die schriftlichen Fragen Herr Gadola. Wenn Sie eine mündliche Frage haben, dann machen Sie das bitte nachher. Anschlussfragen darf nur der Fragesteller machen. Das stimmt nicht? Gut, dann habe ich mich getäuscht.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Wer übernimmt denn die Haftung, wenn einem Kind etwas passiert? Übernimmt die Haftung dann die Mutter oder der Vater?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich kann das so direkt nicht beantworten. So wie es geschrieben steht, liegt die Haftung bei der Schulleitung, nicht bei den Eltern. Es ist keine einfache Frage, dies juristisch auf den Punkt zu bringen, wer wirklich die Verantwortung trägt. Die Gefahr ist gross, dass mit einer Kaskadenhaftung die Gemeinde allenfalls irgendwann als möglicher Haftungsträger in Frage kommt. Dieses Thema stand im Raum. Konkret ist das nicht so einfach zu erklären. Die Eltern sind sicher ausgeschlossen, die geben die Kinder in die Obhut des Staatswesens. Darum besteht diese Problematik.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die Frage, die mir auch auf der Zunge brannte, hat Bruno Gadola gestellt. Ich habe befürchtet, dass man diese heute nicht abschliessend beurteilen kann. Ich hoffe nur, dass es nie zu einem unschönen Gerichtsfall kommt. Die zweite Frage ist ganz banal: Für was haben wir eigentlich den Bademeister?

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Die gleiche Frage zum Bademeister hatte ich auch. Gemäss eigener Wahrnehmung habe ich gesehen, dass er zwar physisch da ist, aber keinerlei Aufsicht wahrnimmt. Da kann man sich fragen, weshalb wir CHF 185'000 in die Hand nehmen müssen, wenn es einen ausgebildeten Bademeister gibt. Es kann nicht sein, dass der Bademeister in dieser Zeit putzen geht. Man könnte dies günstiger machen, zumindest soll dies geprüft werden.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Das ging uns selbstverständlich auch durch den Kopf. Man muss noch dazu sagen, dass oft drei Klassen gleichzeitig im Schwimmbad sind und das geht dann personell nicht auf, wenn es heisst, dass ab 17 Kinder zwei anwesend sein müssen. Wir sind am Erarbeiten und haben dies auch mit einbezogen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn ab 17 Kinder zwei Personen anwesend sein müssen, dann spielt es keine Rolle, ob es zwei oder drei Personen sind. Mit dem Bademeister und der jeweiligen Lehrpersonen sind es mehr als zwei Personen.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Aber es ist ja pro Klasse.

Jürg Vogt, Präsident: Gemäss Geschäftsreglement ist es so, dass der Fragesteller zwei Anschlussfragen stellen darf und keine Diskussion geführt wird. Man hat die Möglichkeit mündliche Fragen zu machen. Ich möchte jetzt gerne die schriftlichen Fragen behandeln. Danach kommen wir zu den mündlichen Fragen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Genau zu diesem Thema wollte ich mich zu Wort melden. Bei einer Interpellation kann der Interpellant sagen, dass er eine Diskussion verlangt und dann gibt es eine Diskussion. Wenn wir bei einer Fragestunde eine Diskussion führen möchten wie jetzt, dann müssen wir dieses Blatt ändern, wo ganz klar definiert ist: Der Fragesteller kann zwei Fragen stellen, und nicht diskutieren und plaudern, wie das eben der Fall war. Jürg Vogt, du hattest recht, du hast dies irgendwo gelesen. Entweder ändern wir das Blatt oder wir verfahren nach dem. Was der Rat vorhin gemeint hat, ist wahrscheinlich die Interpellation. Dort kann der Interpellant die Diskussion verlangen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen somit zur Frage 8.

Baustelle Kindergarten Grabenmattweg

- 1. Warum kontrolliert der zuständige Gemeinderat die Baustelle, Kindergarten Grabenmattweg nicht? Es sollte doch eigentlich klar sein, dass hier über eine Million Steuerfranken eingesetzt werden!? Der schreibende wundert sich, dass über Tage niemand auf der Baustelle anwesend ist, jedoch am Samstag mit Überzeitlohn gearbeitet wird!*
- 2. Warum wurde für die Gerüsterstellung kein Allschwiler Unternehmen berücksichtigt? Es gibt zwei Unternehmen, welche in unserem Ort Steuern bezahlen. Es sind dies die Firmen Loveccio AG und Willys Gerüste.*

Christoph Morat, Gemeinderat: Herr Imhof, zuerst herzlichen Dank für Ihr Vertrauen in meine Fähigkeiten als Baustellenfachmann. Meine Familie ist heute bereits leicht überfordert mit meiner Anwesenheit in der Gemeinde und hat sich definitiv geweigert in einen Container auf der Baustelle beim Schulhaus umzuziehen für die Zeit des Schulhausbaus. Dort braucht es noch viel mehr Steuerfranken, die wir einsetzen. Im Ernst. Wir haben eine Bauorganisation für jedes Bauprojekt, das wir in der Gemeinde machen. Selbstverständlich gibt es auch eine Organisation beim Kindergarten Schlappenmatten. Wir haben Ihnen damals gesagt, wie das ist mit dem Architekt und dass wir einen Teil der Bauleitung inhouse machen. Das ist bei uns René Jenny. René Jenny hat mit dem Architekt zusammen einen Terminplan gemacht, das sieht in etwa so aus. Da ist festgelegt, dass im Augenblick eine kleine Pause auf dieser Baustelle stattfindet. Die Pause ist nicht mit Kosten verbunden. Die Pause brauchen wir für Abklärungen. Wir haben über ein Oblicht gesprochen, ich habe Ihnen damals in der Sitzung gesagt, dass keine Pläne da sind. Jetzt haben der Architekt und der Ingenieur zusammen ein Konzeptli entwickelt, damit wir die schönen Oblichter machen können. Ich kann Ihnen versichern, dass wir im Bauprogramm und in den Kosten absolut präsent sind und dort, wo wir sein sollten. Die zweite Frage verbinde ich mit der Sorge um das Allschwiler Gewerbe. Ich kann Ihnen heute sagen, dass bei den Vergabungen, die wir gemacht haben, das sind acht Vergabungen, einige Allschwiler Unternehmen berücksichtigt wurden, und sie haben tatsächlich eine Ausschreibung gewonnen. Das sind die Firmen Jean Cron, Hans Reich, Morath AG, Karl Schweizer, Markus Christen und weitere werden noch folgen. Bei den Leuten, die angeschrieben werden, haben wir möglichst viele Allschwiler dabei. Es ist nicht bei ganz allen Gewerben möglich. Zur Frage des Gerüsts. Das Gerüst haben wir beim Bau nicht vorgesehen. Das Gerüst wurde von der Firma Morath gewünscht als Absturzsicherung. Sie haben uns empfohlen, dies mit der Firma Kapulica zu machen. Die arbeiten eng zusammen und kennen sich gut. Wir sind die Letzten, die das unterbinden möchten und etwas anderes aufs Auge drücken würden. Das war eine kleine Arbeit fast ausschliesslich zugunsten der Firma Morath. Wir selber brauchen dort kein Fassadengerüst. Zu erwähnen ist, dass Herr Kapulica als Privatperson in Allschwil lange Steuern bezahlt hat. Ein gewisser Bezug ist auch da vorhanden.

René Imhof, SVP-Fraktion: Danke. Die Meinung ist natürlich nicht, dass sich Herr Morat auf der Baustelle einquartiert. Es ist allgemein so, dass der Auftraggeber, und das ist der Gemeinderat, die Rechnungen schlussendlich bezahlt oder visiert. Da macht es Sinn, wenn er ab und zu unverhofft dorthin geht und schaut, was dort läuft. Immer nach dem Motto: Wenn die Katze aus dem Haus ist, dann tanzen die Mäuse.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 9.

„Versteckte Armut“

1. *Worin besteht die Zusammenarbeit der Gemeinde mit der Gruppe „Versteckte Armut“?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Es geht um die Zusammenarbeit mit „Versteckte Armut. Die Mitglieder der Gruppe Versteckte Armut treffen sich regelmässig mit den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste. Das Treffen beinhaltet Erfahrungsaustausch, Informationsaustausch über die Entwicklungen in beiden Institutionen, sowohl bei der Versteckten Armut als auch beim Sozialwesen der Gemeinde, Klärungen zu Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der Unterstützungen, Erarbeiten von gemeinsamen verbindlichen Regelungen im Bereich der Klientenarbeit, und allenfalls Klärungen von Problemstellungen aus der Einzelarbeit. Diese Zusammenarbeit klappt sehr gut. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit stimmt. Es gibt Leute, die gehen bei jeder Institution vorbei und bringen die gleiche Zahnarztrechnung vorbei. Damit das nicht doppelt bezahlt wird, arbeiten die Versteckte Armut und die Sozialen Dienste zusammen, das klappt tiptop.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 10.

Sicherheit „Zebrastrreifen auf Gemeindestrassen“

1. *Wie fiel die Beurteilung der noch ausstehenden Arbeiten der vier Fussgängerstreifen aus? Wurden diese mit Beleuchtungskandelabern nachgerüstet oder aufgehoben? (s. Geschäftsbericht 2013, Seite 39).*

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Herr Gadola erkundigt sich nach den vier Fussgängerstreifen, wo noch Arbeiten ausstehend sind gemäss Geschäftsbericht 2013, Seite 39. Vermutlich ist uns dort ein Fehler unterlaufen. Offen sind noch drei und nicht vier Fussgängerstreifen. Wir konnten nicht eruieren, welches der vierte Fussgängerstreifen soll. Es geht um den Fussgängerstreifen an der Klarastrasse. Dort endet der Fussgängerstreifen am Gartenzaun, es gibt dort keinen Wartebereich. Wir sind in Vertragsverhandlungen betreffend Landerwerb eingestiegen. Das konnten wir leider noch nicht abschliessen. Die Alternative, den Fussgängerstreifen zu verschieben, ist mangels geeigneter Standorte nicht möglich. So werden diese Verhandlungen fortgeführt, in der Hoffnung doch noch zu reüssieren. Dort sind wir noch am Ball. Bei den anderen zwei Fussgängerstreifen geht es um die Spitzwaldstrasse, zwei parallele Fussgängerstreifen. Da hat der Gemeinderat angedacht, ob man diese auf einen reduzieren könnte. Da hat sich hier im Einwohnerrat Widerstand erhoben. Dort findet noch diesen Monat ein Augenschein statt. Die Frage kommt von Herrn Gadola. Ich lade ihn gerne ein, an diesem Augenschein teilzunehmen. Falls noch jemand anderes Interesse hat, bitte bei mir melden nach der Sitzung, dann lade ich ihn ebenfalls ein.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Die Aufhebung der Zebrastrreifen ist kein Thema mehr?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Diese Zusatzfrage kann ich wie folgt beantworten. Der Gemeinderat hat an die Reduzierung von zwei Fussgängerstreifen auf einen pro Kreuzung gedacht, aus finanzieller Sicht. Der Augenschein soll nochmals alle Argumente, pro und contra, aufzeigen und anschliessend werde ich im Oktober dem Gemeinderat einen Antrag stellen und der Gemeinderat wird beschliessen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich gehe davon aus, dass die Sicherheit nicht am Sparen draufgeht.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Es wird weiterhin an jeder Kreuzung einen Fussgängerstreifen haben. Die Spitzwaldstrasse kann von Jung und Alt auf einem Fussgängerstreifen mit Signalisation und Beleuchtung überquert werden.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 11.

Sekundarschule Allschwil; Lehrpersonen

1. *In der Sekundarschule Allschwil verlieren ca. 20 befristet angestellte Lehrpersonen ihre Arbeit (Reduktion der Sekundarschulstufe von 4 auf 3 Schulstufen). Wurden diesen ein Anstellung auf der Primarschulstufe (Mehrbedarf an Lehrpersonen: 6 statt 5 Schulstufen) angeboten?*

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Die Schulleitung der Primarschule ist in dieser Sache schon lange in Kontakt mit der Schulleitung Sekundarschulstufe. Seit rund zwei Jahren fragt die Schulleitung der Primarschule regelmässig bei der Schulleitung der Sekundarschule nach, ob es Sekundarschullehrer gibt, welche Interesse haben an einer Anstellung in der Primarschule. Bis jetzt sind bei der Schulleitung Primarstufe weder von der Schulleitung Sekundar noch von Sekundarschullehrpersonen konkrete Anfragen eingetroffen betreffend einer Anstellungsmöglichkeit oder konkrete Bewerbungen. So hat mir das die Schulleitung mitgeteilt.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 12.

Fahrende Allschwil; Standplatz

1. *Wird den Fahrenden in Allschwil ein Standplatz angeboten? Wenn ja: wo befindet sich dieser? Wenn nein: Wie lautet die Begründung?*

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Bruno Gadola fragt, ob Allschwil einen Standplatz anbietet für Fahrende. Bei den Begrifflichkeiten müssen wir unterscheiden zwischen einem Standplatz und einem Durchgangsplatz. Ein Standplatz ist ein Standort für einen längerfristigen Verbleib während den Wintermonaten. Ein solcher Standort muss geeignet sein, damit man sich dort wohl fühlt, da man sich dort mehrere Monate aufhält, speziell in den Wintermonaten. Ein Durchgangsplatz ist ein Standort, den Fahrende in ihrer Reisezeit zwischen Frühling und Herbst nutzen, und jeweils nur für ein paar Wochen bleiben. In Allschwil gibt es einen Durchgangsplatz. Der besteht mindestens seit den 90er-Jahren, ältere Dokumente haben wir leider nicht zur Verfügung. Das ist der Standort im Mühletal beim Parkplatz des Schiessplatzes. Dort stellen wir den halben Parkplatz den Fahrenden zur Verfügung gegen eine kleine Gebühr. Die Gebühren können Sie der Gebührenordnung entnehmen. Die Standplatzgebühr pro Tag für ein Motorfahrzeug mit Wohnanhänger ist CHF 7, jedes weitere Fahrzeug pro Tag CHF 3. Wir stellen fest, dass wir eine langjährige Stammkundschaft haben, die halten sich wenige Wochen dort auf. Wir geben keine Maximaldauer vor. Wie es eben bei den Fahrenden üblich ist, ziehen sie nach wenigen Wochen weiter. Wir achten darauf, dass es nicht kollidiert mit unseren Schiessanlage-Anlässen. Der Parkplatz wird bei den grossen Schiessanlässen, obligatorisches Schiessen oder Feldschiessen, genutzt. In der restlichen Zeit sind Fahrende bei uns herzlich willkommen. Es wird rege genutzt, wenn sie dort spazieren, dann sehen Sie, dass dort Fahrzeuge und Wohnwagen stehen.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu Frage 13 von Herrn Kneier.

Verkauf Liegenschaft Dorfplatz 3; Walmerhaus

Auf homegate.ch bietet die Einwohnergemeinde Allschwil die Liegenschaft Dorfplatz 3 zum Verkauf an.

1. *Auf welchen Überlegungen des Gemeinderates basiert die Veräusserung dieser Liegenschaft?*
2. *Ist der Ausfall des Mietertrages (ca. CHF 70'000) im Budget 2015 berücksichtigt?*
3. *Wie weit sind die Verkaufsverhandlungen fortgeschritten?*

4. *Wie hoch ist die Verkaufskommission der Firma Trimag.*
5. *Aus welchen Gründen kann die Einwohnergemeinde nicht selbständig eine Liegenschaft verkaufen ohne eine Immobilienfirma beizuziehen?*
6. *Wird mit dem Verkauf der Liegenschaft nicht „das Tafelsilber der Gemeinde“ veräussert?*

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich erlaube mir die erste Frage zu beantworten, weil das Thema im Gemeinderat departementsübergreifend angegangen wurde. Immobilienbewirtschaftung ist schon länger ein Thema im Gemeinderat und nicht erst seit die Finanzierung des neuen Schulhauses Gartenhof im Raum steht. Es ist sicher so, dass die Finanzierung des Schulhauses die ganze Immobilienbewirtschaftung angekurbelt hat. Wie Sie bestens wissen, lautet die Strategie für die Finanzierung des Schulhauses ein Drittel aus Vorfinanzierung, ein Drittel aus Aufnahme Fremdkapital und ein Drittel aus Veräusserung von gemeindeeigenen Grundstücken. Wir sind von rund CHF 20'000'000 bis CHF 25'000'000 ausgegangen, welche wir durch Veräusserung zu Geld machen. Der Gemeinderat hat im Rahmen der Immobilienstrategie alle Grundstücke angeschaut und hat geschaut, welche Grundstücke welche Rendite erzielen. Er hat definiert, welche Rendite die Grundstücke erzielen müssten, damit wir sie behalten. Er hat sich die Frage gestellt, was wir mit den Grundstücken machen, die zu wenig Rendite erzielen. Behalten wir sie trotzdem, weil allenfalls ein Grundstück in Zukunft für unsere Zwecke irgendwann genutzt werden soll oder muss. Diese Fragen hat man sich auch beim Walmerhaus gestellt und ist dort zum Entschluss gekommen, dass die Rendite zu tief ist. Deshalb fassen wir den Verkauf ins Auge. Mitentscheidend war, dass das Haus unter Denkmalschutz steht. Das Haus bleibt so stehen, egal ob wir es verkaufen oder ob wir es selber behalten. Der sogenannte optische Nutzen bleibt. Das waren die Überlegungen, weshalb wir dort auf die Idee kamen, dies zu verkaufen. Zu den weiteren Fragen nimmt Christoph Morat Stellung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die zweite Frage kann man wie folgt relativ kurz beantworten. Der Ausfall vom Mietertrag ist für das Jahr 2015 im Budget berücksichtigt. Zur Frage 3, Besichtigungen mit zehn Interessenten wurden durchgeführt und konkrete Angebote sind zurzeit am Eintreffen. Zur Frage 4: Die Verkaufskommission von der Firma Trimag beläuft sich bei einer geschätzten Verkaufssumme von CHF 1'550'000 auf 1,75%, knappe CHF 30'000. Die Gemeinde hat keine eigenen Immobilienhandelsexperten, Frage 5. Eine unabhängige Firma ist von grossem Vorteil. Es kann auch sein, dass jemand vom Gemeinderat, Mitarbeitende der Verwaltung oder jemand von Ihnen ein Angebot abgeben möchte. Dann ist es schlauer, wenn man dies bei einer separaten Firma hat, das nennt man 4-Augen-Prinzip. So bleibt eine gewisse Fairness und Transparenz am Ende des Tages übrig bei einem solchen Geschäft. Zu Frage 6: Ja, es wird ein bisschen Tafelsilber verkauft. Ich möchte hier in der Geschichte ein bisschen zurückgehen. Das Walmerhaus und die Klarastrasse 4 wurden damals von der Gemeinde gekauft, damit man sie vor dem Untergang rettet. Man hat diese saniert und seit wir das Dorfzonen-Reglement haben, sind diese Häuser geschützt. Jetzt können wir diese Häuser wieder auf den Markt geben und es ist sicher, dass sie bestehen bleiben, wie sie sind. Ein bisschen Tafelsilber muss man verkaufen, damit man anderes Tafelsilber äufnen oder sich zulegen kann.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Zuerst besten Dank für die Beantwortung von diesen Fragen. Ich habe mich nicht an die Vorgaben gehalten. Ich hätte meine Fragen bis am Freitagmorgen um 09.00 Uhr deponiert sollen. Ich habe sie am Nachmittag um 14.00 Uhr abgegeben. Ich freue mich, dass der Gemeinderat so flexibel war und die nicht ganz einfach zu beantwortenden Fragen an die Hand genommen hat, Besten Dank. Ich habe zwei Zusatzfragen und eine Präzisierung. Bei der Frage 5, Christoph, war die Meinung, dass man sicher von einer versierten Firma eine Schätzung machen lässt. Dann haben wir den Preis. Wenn wir den Preis haben, dann können die Verkaufsverhandlungen stattfinden, und das kostet viel Geld, wobei die 1,75% sind meiner Meinung nach fair. Eine Verkehrswertschätzung kostet CHF 3000 bis CHF 4000. Aufgrund von dem kann man dann die Verkaufsverhandlungen führen. Bei der Beantwortung, weshalb man diese Häuser gekauft hat, stimmt dies so nicht ganz, wie es Christoph Morat gesagt hat. Als man das **Walmerhaus** gekauft hat, hatten wir im Dorf 1300 qm Land. Wir haben das **Walmerhaus** gekauft wegen dem Schützen und für in guten Zeiten, aber unter anderem auch als Landreserve. Nebendran haben wir ein Schulhaus. Wenn wir neben einem gemeindeeigenen Areal noch Landreserven haben, und wenn wir das **Walmerhaus** abziehen, dann bleibt dort ein schönes Stück Land mitten im Dorf. Weil ich das sagen durfte, habe ich nur noch eine Zusatzfrage. Kann der Gemeinderat meine Rechnung nachvollziehen? Wir verkaufen eine Liegenschaft für CHF 1'550'000. Wir haben CHF 1'550'000, welche wir uns weniger verschulden müssen. Im Moment können wir uns bei einem

Geldfinanzierungsinstitut mit 2% auf 10 Jahre verschulden. Das Angebot kann man heute überall lesen. Wenn wir die CHF 1'550'000 reinnehmen und diese fremdfinanzieren mit 2%, dann geben wir CHF 31'000 Schuldzinsen aus. Wir nehmen aber fast CHF 70'000 netto Mietzinseinnahmen ein. Nach Abzug von allfälligem Unterhalt, der immer wieder anfällt, haben wir auf zehn Jahre hinaus einen rechten Batzen gespart. Ich weiss, dass der Gemeinderat in seinen strategischen Überlegungen gesagt hat, dass wir Liegenschaften verkaufen müssen. Selbstverständlich könnt ihr Liegenschaften verkaufen, aber nicht unser Tafelsilber und Liegenschaften, die der Gemeinde Allschwil unter dem Strich etwas einbringen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir nehmen diese Frage gerne entgegen und überschlagen das nochmals. Die CHF 70'000 sind brutto.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Nein, man kann auf Homegate.ch kann man lesen, dass die Liegenschaft voll vermietet ist. Die Netto-Mietzinseinnahmen belaufen sich auf CHF 69'572.

Christoph Morat, Gemeinderat: Dann ist das ein Fehler, wir gehen dem nach und geben eine Antwort.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Und auch wenn es nicht CHF 70'000 sind, wenn wir von den Wohnungen die Nebenkosten abziehen, dann bleibt immer noch eine Summe übrig.

Jürg Vogt, Präsident: Es ist bereits 21.00 Uhr, wir hatten eine anregende Sitzung. Gibt es noch mündliche Fragen?

Simon Zimmermann, SVP: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat bezüglich Plakatierens. Ist es korrekt, dass das Reklame- und Plakatierungsreglement ausser Kraft getreten ist und die Abmachungen, die hier gewisse Parteien gemacht haben, zugunsten dieser Abstimmung ausser Kraft gesetzt hat? Ich bitte, dass man ehrlich antwortet, ich habe alles per Mail, es wurde mir weitergeleitet. Wurde es ausser Kraft gesetzt an der Gemeinderatssitzung vor zehn Tagen?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Diese Frage kann ich beantworten, es geht um ein Email, welches ich verfasst habe im Auftrag des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass er gegen Plakate, welche an den gemeindeeigenen Kandelaber hängen, nicht mehr vorgeht. Dies aus folgenden Gründen: Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass irgendwelche kantonal beauftragten Teams kommen, welche Plakate aufhängen. Dann werden diese angemahnt und dann findet eine Verzögerungstaktik statt. Zuerst sagt man, die Frist von drei Tagen ist zu kurz angesetzt, wir brauchen eine Woche. Nach einer Woche ist es nicht weg, dann heisst es, dass sie es vergessen haben und sie würden das Team nochmals anmahnen. Diese Plakate gehen nicht weg. Was ist die Alternative? Die Alternative lautet: Die Gemeinde hängt sie selber ab. Das braucht Personal, welches wir gar nicht haben. Wenn man dies dann allenfalls in Rechnung stellen möchte, dann haben wir die Schwierigkeit, das Geld einzutreiben. Es gibt dann auch noch eine rechtliche Unklarheit. Kurzum, wir haben viel Umtrieb für nichts. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat den Auftrag gegeben zu sparen. Letztendlich ist dies ein Sparpunkt. Wir sparen uns den hoffnungslosen Kampf ohne die nötige rechtliche Grundlage. Es ist eine Bestimmung, welche ab jetzt bis auf weiteres gilt. Das Reklamereglement ist in Überarbeitung. Wenn wir nachher eine klare reglementarische Regelung haben, wo auch eine Strafbestimmung drin hat, wenn man sich nicht dran hält, dann haben wir die Handhabung zu agieren. Der Kanton macht es vor, er hat jetzt grad diese Bestimmungen betreffend Plakatierung geändert. Sie haben das vielleicht in der Zeitung gelesen. Plakatieren ist nicht möglich sechs Wochen vorher und es muss bis eine Woche nach dem Abstimmungstermin abgehängt sein. Dort ist eine klare Strafbestimmung drin, wo steht, wenn dies nicht eingehalten wird, dass der Kanton dann abhängen und Rechnung stellen darf. Eine solche Bestimmung benötigen auch wir auf kommunaler Ebene, damit wir unser Recht durchsetzen können. Solange wir diese klaren Bestimmungen nicht haben, verzichtet der Gemeinderat darauf, diese Sisyphusarbeit zu machen. Der Gemeinderat hat darum beschossen, bis auf weiteres die Plakate an den gemeindeeigenen Kandelaber zu tolerieren, ausser wenn sie sicherheitsrelevant sind, wenn sie nicht hoch sondern tief gehängt sind. Es ist nicht erlaubt im Kreisel, rundum den Kreisel, bei Fussgängerstreifen usw. Da gibt es ein Merkblatt der Kantonspolizei. Dort haben wir die bisherige Vorgehensweise beibehalten, die lautet: Es wird fotografiert von der Gemeindepolizei und sofort abgehängt und entsorgt. Wenn jemand reklamiert,

dann haben wir ein Beweis-Photo, das zeigt, weshalb wir es abgehängt haben. Diese Handhabung pflegen wir auch weiterhin.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Danke für die Antwort. Jetzt kommt der wesentliche Teil. Ich bin der Meinung, das ist nicht dem Gemeinderat seine Sache Abmachungen, welche die Einwohnerräte beschlossen haben, über Bord zu werfen. Es steht dort drin, dass es, wenn es falsch gehängt ist, abgenommen wird, und man es im Werkhof wieder holen kann. Es wird nicht weggeschmissen, das steht im jetzigen Reglement drin. Wir müssen das nicht ausser Kraft setzen, nur weil gewisse Exponenten aus Allschwil einen Vorsteher haben und Plakate hängen dem Teufel ein Ohr ab. Und am Schluss werden gewissen Parteixponenten die Schuld in die Schuhe geschoben, dass wir das waren. Ich erhalte von Oskar Kämpfer eine Mail, was los sei und was da gemacht wurde. Obwohl ich erst letzten Montag aufgehängt habe, waren dies gar nicht unsere Plakate. Man hat die Frechheit, dies irgendjemandem in die Schuhe zu schieben. Das finde ich eine bodenlose Frechheit. Da muss keiner mehr sagen, dass sich Herr Zimmermann nicht so äussern soll. Man kann vorabklären und man weiss, wo welche Leute zuhause sind. Man weiss, wer von der SP Präsident ist, man weiss, wer von der FDP Präsident ist, man weiss, wer von der CVP Präsident ist und man weiss, wer bei unserer Partei Präsident ist. Man muss nicht mit faulen Ausreden kommen, man habe das nicht gewusst. Es geht mir um solche Sachen. Die einen dürfen und die anderen nicht, man misst hier mit verschiedenen Ellen. Das funktioniert nicht und damit bin ich nicht einverstanden. Ich bitte darum, dass der Gemeinderat sofort die Massnahmen in die Hand nimmt, und die nicht korrekt aufgehängten Plakate runternimmt, so wie das im Reglement steht und so wie wir das in den Parteien beschlossen haben, ansonsten müssen wir die Arbeit nicht mehr machen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Eine kurze Antwort. Erstens: Die Reklamation von Herrn Zimmermann ist noch am gleichen Tag bei uns eingegangen. Wir haben darum beim Empfänger des Mails, bei Herrn Oskar Kämpfer, Landrat und Präsident der SVP Baselland nachgefragt, das habe ich persönlich gemacht. Herr Kämpfer hat mir mitgeteilt, dass das Email höflich korrekt und nachvollziehbar war und dass er keine Schwierigkeiten hatte mit diesem Email. Insofern verstehe ich die Aufregung von diesem Email nicht.

Jürg Vogt, Präsident: Entschuldigung, wir haben noch mehr Fragen. Können wir das hier abrechnen?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Nur kurz. Es ist ein Entscheid, wir hätten sonst nur Kosten. Der Einwohnerrat hat uns einen klaren Auftrag zum Sparen gegeben. Diesen versuchen wir halt auch mit so unkonventionellen Methoden umzusetzen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich habe keine Frage, sondern ich möchte mich für die Beantwortung meiner kleinen Anfrage bedanken, welche ich betreffend des Parkplatzes hinter dem Friedhof gestellt habe. Der Gemeinderat hat sich dort sehr vertieft mit der Materie auseinandergesetzt und eine fundierte Antwort gegeben. Ich bin glücklich darüber, dass er bereits unser Postulat der FDP betreffend Ersatz-Parkplätzen, welche bei der Baslerstrasse wegfallen werden, mit dieser Beantwortung im Kleinen angefangen hat umzusetzen. Er hat gesagt, dass er diesen Parkplatz bei der Baslerstrasse ausschildern wird. Man hat festgestellt, dass sogar die Einwohner von Allschwil grösstenteils diesen Parkplatz nicht kennen. Dieser Parkplatz wird zur Attraktivität des Dorfplatzes beitragen. Ich möchte dem Gemeinderat meinen Dank aussprechen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe eine kurze Frage an den Gemeinderat. Im AWB letzter Woche wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass bei den ersten 5 Seiten auf der linken Seite Inserate sind. Mitten in diesen Inseraten drin versteckt war ein Inserat des Kantons Baselland betreffend die Planungsaufgabe Baslerstrasse. Hinten haben wir die Gemeindenachrichten, wo gemeindeinterne Sachen stehen wie Baugesuche etc. Ich bin beim Lesen das erste Mal auch darüber gefallen. Leute haben mich darauf aufmerksam gemacht und gesagt, dass dies mitten in der Werbung drin ist, so etwas Wichtiges wie diese Planaufgabe. Ist das effektiv die Aufgabe des Kantons und er platziert das selber? Oder übernehmen wir das? Wenn es Sache des Kantons ist, dann könnte man das vielleicht mit ihnen anschauen, dass sie es geschickter ins AWB setzen. Dort hat man es wirklich nicht gefunden.

Robert Vogt, Gemeinderat: Wir nehmen das gerne auf, das ist momentan grad im offiziellen Verfahren. Eigentlich platziert dies der Kanton, wir haben nicht direkt einen Einfluss darauf. Wir möchten aber gerne darauf hinweisen, dass wir dies auch in unseren Teil übernehmen und treten mit der Redaktion des AWB in Kontakt.

Jürg Vogt, Präsident: Somit ist diese Einwohnerratssitzung so verlaufen, wie ich das gedacht habe. Wir haben im Februar eine zusätzliche Sitzung, so haben wir genug Zeit. Ich schliesse die Sitzung für heute Abend und bedanke mich fürs Ausharren.

ENDE